

# Rosenland



## Zeitschrift für lippische Geschichte

---

Nr. 4

Juni 2006

---

### Inhaltsverzeichnis

### Editorial

<b>Editorial</b>	1
<b>Beiträge</b>	
Andreas Ruppert: Das Warschauer Ghetto und Detmold	2
Dirk Mellies: „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens?“ Kommunistische Presse in Ostwestfalen-Lippe 1946-1956	18
Jürgen Hartmann: Eine gescheiterte Ehrenbürgerschaft. Oerlinghausen und Marianne Weber	26
<b>Diskussion</b>	
Ein Gedenkbuch für die Opfer des NS-Regimes aus ganz Lippe? (Jürgen Hartmann/Andreas Ruppert)	29
<b>Rezensionen</b>	
Hertha Koenig: Die Lippische Rose. Bielefeld 2003. (Andreas Ruppert)	32
Stefan Wiesekopsieker: Hoffmanns Stärkefabriken in Salzuflen. Lemgo 2005 (Annette Fischer)	37
<b>Impressum</b>	38

Vor nunmehr zehn Jahren ist Wolfgang Müller gestorben, Historiker und Germanist, Lehrer am Stadtgymnasium und Archivpädagoge am Staatsarchiv Detmold. Er hat Anregungen gegeben und Richtungen des Forschens und Darstellens gewiesen. Das wichtigste Anliegen aber war ihm, die aus ihrer lippischen Heimat Vertriebenen und Ermordeten aus der Vergessenheit herauszuführen und ihnen Erinnerung und Gedenken zu sichern. Er hat über Jürgen Stroop geschrieben, der für seine Untaten im Warschauer Ghetto 1952 in Polen hingerichtet wurde, aber in Wirklichkeit ging es ihm um die Erinnerung an Hedwig Block, Erna Hamlet und die vielen anderen lippischen jüdischen Männer, Frauen und Kinder, die nach Warschau deportiert worden waren. Seinen Zielen und seiner Methodik fühlt sich die Rosenland-Redaktion verpflichtet, und so stehen Warschau und der Judenmord im Mittelpunkt dieser Ausgabe.

### Das Warschauer Ghetto und Detmold<sup>1</sup>

von Andreas Ruppert

*Zur Erinnerung an Hedwig Block*

#### Prolog

Als es Anfang der 20er Jahre in Berlin Übergriffe gegen Juden gab, wollte der Schriftsteller Alfred Döblin Juden kennen lernen. Man sagte ihm, das könne er in Polen. So fuhr Döblin 1924 nach Polen, ein Jahr später schrieb er darüber. Die Passage über das jüdische Viertel Warschaus beginnt mit den Sätzen: „350.000 Juden wohnen in Warschau, halb so viel wie in ganz Deutschland. Eine kleine Menge sitzt verstreut über die Stadt, die Masse haust im Nordwesten beieinander. Es ist ein Volk. Wer nur Westeuropa kennt, weiß das nicht. Sie haben ihre eigene Tracht, eigene Sprache, Religion, Gebräuche, ihr uraltes Nationalgefühl und Nationalbewusstsein.“<sup>2</sup>

Tatsächlich bildeten die meist Jiddisch sprechenden Juden eine eigene Nation innerhalb Polens, einem Land mit vielen Minderheiten, und Warschau war ihr Zentrum: Mit einer unglaublichen Vielfalt an Leben, an Arbeit, an Kultur, an Politik, an Religion. Der neue polnische Staat hatte eine Zukunft, und seine Juden gehörten dazu, auch wenn der latente und jederzeit abrufbare polnische Antisemitismus diese Perspektive mit vielen Ausbrüchen zu verdunkeln drohte.

Alles das änderte sich am 1. September 1939. Man darf nicht glauben, dass sich die Brutalität des Aggressors erst im Laufe des Krieges entwickelt habe und dass die Entscheidung zum Judenmord erst im Krieg gefallen sei, so, als habe die deutsche Führung plötzlich nicht mehr gewusst, wo sie mit all den Juden hin solle. Der Vernichtungswillen lag vor und ist mit dem ersten Kriegstag entfesselt worden. Die Mordkommandos von Polizei und SS folgten der Wehrmacht auf dem Fuße. Der Ablauf des Geschehens hat einen roten Faden. Er wurde am Schreibtisch geplant und als Abfolge einzelner Verwaltungsakte durchgeführt. Jeder Beteiligte wusste, worum es ging, aber jeder konnte sich später auf die relative Bedeutungslosigkeit des eigenen Handelns berufen und entging so der Rechenschaftspflicht und der Bestrafung. Über Schuldbewusstsein oder Schuldgefühle braucht man dabei nicht zu sprechen. Schuldgefühle zeigten viele überlebende Opfer, nicht die Täter.

Der Ablauf entsprach dem im Reich: Entrechtung; Entzug von Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten; Zwang zur Mithilfe durch Vertreter der jüdischen Bevölkerung; Konzentration; Terror von Körperverletzung bis Mord; gewollte Unterernährung; zuletzt die Deportation mit Hilfe der Reichsbahn. Beteiligt waren keine Bestien oder Gescheiterte, wie man es den Funktionären des NS-Regimes gerne nachsagt, sondern „ganz normale Männer“, um den inzwischen berühmten Buchtitel von Christopher Browning zu zitieren: Verwaltungsbeamte und Polizisten, Angestellte des öffentlichen Dienstes, promovierte Juristen, die ihre Karrieren vor dem Krieg begonnen hatten und, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nach dem Krieg fortsetzten.

---

<sup>1</sup> Überarbeiteter Text eines am 8. Mai 2003 in Herford gehaltenen Vortrags.

<sup>2</sup> Alfred Döblin: Reise in Polen. München 1987, S. 73.

Polen wurde im Herbst 1939 geteilt. Der Osten wurde an die Sowjetunion ausgeliefert, große Gebiete im Westen um Posen wurden abgetrennt und als „Warthegau“ dem Reich angeschlossen. Der Rest des Landes wurde als „Generalgouvernement“ zur Ausplünderung freigegeben. Generalgouverneur mit Sitz in Krakau wurde Dr. Hans Frank. Das Generalgouvernement war in fünf Distrikte eingeteilt. Chef des Distrikts Warschau war Dr. Ludwig Fischer. Unter sich hatte Fischer den Stadthauptmann für die polnische Stadt Warschau und den „Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk“. Vom 15. Mai 1941 bis zum 1. Januar 1943 hatte der Jurist Dr. Heinz Auerswald diese Funktion ausgeübt. Parallel dazu bestand die Polizeiverwaltung. In Krakau saß der Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich-Wilhelm Krüger. Die Distrikte hatten eigene SS- und Polizeiführer. In Warschau übernahm am 19. April 1943 der gebürtige Detmolder Jürgen Stroop diese Funktion.

### **Leben und Sterben im Warschauer Ghetto**

Ziel der deutschen Politik in den eroberten Gebieten war das Verschwinden der Juden. Die Konzentration in „jüdischen Wohnbezirken“, den Ghettos – die es in Polen zuvor nie gegeben hatte –, war eine Vorstufe, über die sich SS, Gestapo und Wehrmacht schon im September 1939 verständigt hatten. Einer der „Vordenker“, wie Götz Aly und Susanne Heim ihn nannten, der deutsche Bevölkerungswissenschaftler Dr. Peter-Heinz Seraphim, sprach in einem Vortrag davon, dass „die Restriktion des Judentums allein nicht genügt. Anstelle der Einschränkungen und anstelle der Isolierung des Judentums muss vielmehr eine konstruktive Lösung treten ...“<sup>3</sup> Generalgouverneur Frank formulierte das Ziel auf einer „Regierungssitzung“ in Krakau im Dezember 1941 unzweideutig: „Meine Herren, ich muss Sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist.“<sup>4</sup> Frank wurde vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zum Tode verurteilt und 1946 hingerichtet. Seraphim setzte in der Bundesrepublik seine wissenschaftliche Karriere im Rahmen der „Ostforschung“ fort.

Im Mai 1940 wurde das hauptsächlich von Juden bewohnte Viertel Warschaus westlich der Altstadt zum „Seuchensperrgebiet“ erklärt und mit Mauern und Zäunen umgeben. Am 2. Oktober 1940 ordnete Fischer die Errichtung des Ghettos an. Es wurde von deutscher und polnischer Polizei bewacht. 80.000 Polen wurden ausgesiedelt. Ca. 400.000 Juden waren nun gefangen. In das Ghetto wurden auch Juden aus den Gemeinden westlich von Warschau gebracht, es handelte sich um ca. 72.000 Personen. Andere flohen gezielt hierher, weil sie ihre Überlebenschancen in der Stadt für größer hielten, Schätzungen gehen von 20.000 Personen aus.

Das Ghetto war von Anfang an überfüllt. Die Not wurde durch die unzureichenden Lieferungen von Lebensmitteln und Medikamenten weiter verschärft. Zum Alltag gehörten von Anfang an verhungerte Menschen auf den Straßen – Berichte und Fotos halten dies bis heute fest.<sup>5</sup> Statistisch gesehen kamen auf jeden Ghetto-Bewohner täglich 1200 Kalorien. Sie wurden nicht gleichmäßig verteilt, und die Mittellosen,

---

<sup>3</sup> In einem Beitrag der Warschauer Zeitung, zitiert im Tagebuch des Vorsitzenden des Judenrates Adam Czerniaków: Im Warschauer Ghetto. Das Tagebuch des Adam Czerniaków 1939-1942. München 1986, Eintrag zum 22. Juli 1940, S. 95f. Zu Seraphim s. Götz Aly u. Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg 1991.

<sup>4</sup> Imanuel Geiss u. Wolfgang Jacobmeyer (Hg.): Deutsche Politik in Polen 1939-1945. Aus dem Diensttagebuch von Hans Frank, Generalgouverneur in Polen, S. 111 (Regierungssitzung vom 16. Dezember 1941).

<sup>5</sup> Fotografien aus dem Ghetto u. a. in Günther Deschner: Menschen im Getto. Gütersloh 1969; A Day in the Warsaw Ghetto. A Birthday Trip in Hell. Yad Vashem 1988; Joe Heydecker: Das Warschauer Getto. Foto-Dokumente eines deutschen Soldaten aus dem Jahr 1941. München 1987; Ulrich Keller (Hg.): Fotografien aus dem Warschauer Ghetto. Berlin 1987; Günter Schwarberg: Das Getto. Spaziergang in die Hölle. Frankfurt 1991.

die Kinder, die Alten waren zum Sterben verurteilt. Zum Alltag gehörten auch ständige Erschießungen. Juden durften nach geringsten Übertretungen deutscher Anordnungen an Ort und Stelle erschossen werden. Jeden Monat starben so etwa 5000 Menschen. Das Einzige, wovor die Besatzer Angst hatten, waren ansteckende Krankheiten, vor allem Typhus und Fleckfieber. Eine Fleckfieberepidemie gab es im Winter 1941 auf 1942. Man wusste, dass die Viren und Bakterien die deutschen Kategorien zur Einteilung von Menschen nicht kannten und sich auch von der Ghettomauer nicht abschrecken ließen.

Legale Verdienstmöglichkeiten gab es im Ghetto nur in Betrieben, die als Zulieferer für die Wehrmacht agierten. Ihre Bedeutung wird bis heute überschätzt. Einerseits benötigte die Wehrmacht bestimmte Lieferungen, andererseits hatten die deutschen Bevölkerungswissenschaftler schon vor dem Krieg eine Überbevölkerung in Osteuropa konstatiert und als Problem beschworen, das es zu lösen gelte.<sup>6</sup> Das Überleben durch Arbeit für die Wehrmacht war also von vornherein nur eine Lösung auf Zeit. Es handelte sich um 16 Betriebe, von denen zwei aus Deutschland eigens hierher verlagert worden waren: Die Textilfabriken Fritz Schultz und Walther Többens.<sup>7</sup>

Für die legalen Außenbeziehungen des Ghettos war eigens eine „Transferstelle“ eingerichtet worden; sie verfügte über einen Gleisanschluss im Norden des Ghettos, den „Umschlagplatz“. Der „Umschlagplatz“ ist ein wichtiger Ort in der deutschen, der jüdischen und der polnischen Geschichte geworden. Hier wurden die Waren des Ghettos umgeladen. Hier wurden die Lebensmittel angeliefert. Hier kamen die deutschen Juden an. Von hier wurden mehrere Hunderttausend Menschen in den Tod geschickt.<sup>8</sup>

Die Belegschaften hofften durchzuhalten, bis die Wehrmacht besiegt sei. Sie waren damit in einer absurden Situation: Sie arbeiteten für eine Armee, deren Untergang sie zutiefst wünschten. In allen Ghettos klammerten sich Juden bis zuletzt an diese Hoffnung. Sie hat fast niemanden gerettet. Die 70.000 Menschen in Litzmannstadt, des letzten Ghettos, das dieses Ziel verfolgte, wurden noch im Juli 1944 deportiert. Kurzfristige Überlebenschancen gab es für Menschen, die etwas besaßen, das als Schmuggelgut für die „arische“ Seite taugte, und Menschen, die diesen Schmuggel organisieren konnten. Das waren meist Profis im Gewerbe und außerdem, überraschenderweise, viele Kinder und Jugendliche. Zu ihnen liegen bemerkenswerte Schilderungen vor.<sup>9</sup> Auch einzelne Personen konnten herausgeschmuggelt und ins Ausland gebracht werden. Einzelne haben ein solches Angebot abgelehnt, so auch Adam Czerniaków, der Vorsitzende des Judenrates. Berühmt ist der Pädagoge Janusz Korczak – der diese Möglichkeit erhielt, aber verzichtete, um seine Waisenkinder in den Tod zu begleiten.<sup>10</sup>

Es gibt viele Schilderungen über den Alltag im Warschauer Ghetto und überraschend viele Fotografien. Es waren auch mehrfach deutsche Kameraleute dort, um „authentische“ Szenen für ihre antisemitischen Filme zu drehen.<sup>11</sup> Dazu kamen eigene Sammlungen von Texten und Bildern durch den jüdischen Widerstand, die später vom Leben und Sterben im Ghetto Auskunft geben sollten. Der wichtigste Chronist war Emanuel

---

<sup>6</sup> S. Aly und Heim, Vordenker.

<sup>7</sup> Von den Arbeitsplätzen und der Belegschaft der Fa. Schultz sind zahlreiche Fotografien überliefert, s. Wolfgang Scheffler u. Helge Grabitz: Letzte Spuren. Ghetto Warschau. SS-Arbeitslager Trawniki. Aktion Erntefest. Fotos und Dokumente über Opfer des Endlösungswahns im Spiegel der historischen Ereignisse. Berlin 1988. Die Fotografien waren auch in einer Wanderausstellung zu sehen. Im Widukindmuseum in Enger wurde sie seinerzeit stilecht mit einem Sektempfang eröffnet. Es ist hier zu Lande leider zur Gewohnheit geworden, Ausstellungseröffnungen mit Sekt oder Wein zu „feiern“, in doppeltem Sinne gleichgültig gegenüber den Inhalten.

<sup>8</sup> Adam Czerniaków erwähnt den „Umschlagplatz“ erstmals am 24. November 1940, s. S. 134. Eine literarische Annäherung versucht Jaroslaw Marek Rymkiewicz: Umschlagplatz. Berlin 1993.

<sup>9</sup> S. den ergreifenden Bericht von Joseph Ziemian: Sag bloß nicht Mosche zu mir, ich heiße Stasiek! Berlin 1979, oder Winfried Bruckner: Die toten Engel. Das Schicksal jüdischer Kinder während des 2. Weltkrieges im Warschauer Ghetto. Ravensburg 1976.

<sup>10</sup> Zu Korczak im Ghetto s. auch seine eigenen Aufzeichnungen - Janusz Korczak: Tagebuch aus dem Warschauer Ghetto 1942. Göttingen 1992.

<sup>11</sup> Czerniaków, Eintragungen zum 3. Mai 1942 ff., S. 250 ff.

Ringelblum. Ringelblum hatte das Ghetto überlebt, wurde jedoch am 7. März 1944 in seinem Versteck entdeckt und mit seiner Familie und den polnischen Helfern ermordet. Seine Unterlagen hatte er in Milchkannen versteckt und vergraben. Sie wurden später gefunden und veröffentlicht. Die Milchkannen stehen heute im Jüdischen Historischen Museum in Warschau.<sup>12</sup>

Es gibt auch Schilderungen durch polnische Beobachter. Im Sommer 1942 ging Jan Karski, Kurier der polnischen Exilregierung in London, zweimal in der Begleitung von Mitgliedern des jüdischen Widerstandes durch das Ghetto. 35 Jahre später hat er Claude Lanzmann für den Film „Shoah“ seine Eindrücke geschildert. Seine Begleiter sagten ihm ständig: „Behalten Sie das im Gedächtnis!“, „Sagen Sie es denen dort drüben! Sie haben es gesehen. Vergessen Sie es nicht!“<sup>13</sup>

Auch den Assistenten des deutschen Kommissars Auerswald, Dr. Franz Grassler, konnte Lanzmann befragen. Dessen Erinnerungen waren weniger präzise. Er sagte: „Irgendwie war das doch eine bedrückende, eine schlechte Zeit. Eindeutig, dass der Mensch schlechte Zeiten – Gott sei Dank! – leichter vergisst als schöne Erinnerungen.“<sup>14</sup> Für die Nachkriegskarriere als Staatsanwalt war solche Amnesie günstig. Dr. Grassler ist für seine Tätigkeit im Ghetto ebenso wenig zur Rechenschaft gezogen worden wie sein Vorgesetzter Dr. Auerswald. Ihrem Selbstverständnis nach waren sie Verwaltungsbeamte, die ihre Pflicht getan hatten.

### *Der Judenrat*

Der Judenrat - eine Institution, die es in jedem Ghetto gab - wird von vielen Überlebenden in schwarzen Farben gemalt. Der Judenrat war kein Selbstverwaltungsorgan, sondern eine von der Gestapo erzwungene Einrichtung, die helfen musste, die deutschen Maßnahmen umzusetzen. Er hatte wenige zugestandene Machtbefugnisse und er hatte eine eigene Polizei, den Jüdischen Ordnungsdienst, der die Befehle mit Gewalt ausführte.<sup>15</sup> Dennoch wäre es falsch, nun dem Judenrat die Schuld an der Vernichtung der Ghettos zu geben. Seine Vorsitzenden wollten die ihnen anvertrauten Menschen retten und zwar in einer Weise, die 2000 Jahre lang in feindlicher Umgebung mehr oder weniger erfolgreich war: Durch Anpassung, durch Kooperation, durch eine gerechte Verteilung von Mitteln und Lasten, durch ein Zurückweichen in der Hoffnung auf bessere Zeiten. Niemand hat den Judenräten in Polen vorausgesagt, dass am Ende die Massengräber stehen würden. Als dies erkannt wurde, als Teile der jüdischen Gemeinde ausgeliefert wurden, um einen anderen Teil zu retten, waren die Judenräte schuldig geworden. Dennoch steht es uns nicht zu, über sie zu richten.

In Warschau wurde der Judenrat schon im Oktober 1939 eingerichtet, zu seinem „Obmann“ wurde Adam Czerniaków bestimmt, ein Ingenieur, der den traditionellen Weg zu gehen versuchte: Durch Zugeständnisse Leben zu retten. Illusionen hatte er keine, er wusste, dass gegen die deutschen Anordnungen nichts aus-

---

<sup>12</sup> S. Ruta Sakowska: Zur Geschichte des Untergrundarchivs (Ringelblum-Archivs) im Warschauer Ghetto, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): „Die Vergangenheit mahnt! – Zum 40. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Getto“. Bonn 1983, S.89-101. Das Untergrundarchiv des Ghettos wird seit Februar 2003 in einer Ausstellung vorgestellt, die auch in Bielefeld zu sehen war, vgl. dazu die Broschüre: Oneg Schabbat. Das Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos. Ringelblum-Archiv. 3. Auflage, Warschau 2003. Die Aufzeichnungen Ringelblums liegen in verschiedenen Editionen vor, auch in deutscher Übersetzung, s. Emanuel Ringelblum: Ghetto Warschau. Tagebücher aus dem Chaos. Stuttgart 1967.

<sup>13</sup> Die Aussagen des Films sind auch in Buchform erschienen. Claude Lanzmann: Shoah. Düsseldorf 1986, hier S. 235-236.

<sup>14</sup> Lanzmann, S. 237.

<sup>15</sup> S. dazu Dan Michman: „Judenräte“ und „Judenvereinigungen“ unter nationalsozialistischer Herrschaft. Aufbau und Anwendung eines verwaltungsmäßigen Konzepts, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 46 (1998), S. 293-304. . S. auch Marian Fuks: Das Problem der Judenräte und Adam Czerniakows Wirken, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): „Die Vergangenheit mahnt! – Zum 40. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Getto“. Bonn 1983, S. 55-65.

richten konnte, aber er versuchte, das Los der ihm anvertrauten Menschen, so weit es ging, zu erleichtern. Czerniaków hat ein Tagebuch geführt, das zum Eindrucksvollsten aus jener Zeit gehört. Raul Hilberg nennt es „ein Fenster, durch das wir eine jüdische Gemeinde beim Erlöschen ihrer Existenz beobachten können.“<sup>16</sup> Am 22. Juli 1942 musste Czerniaków erleben, dass seine Möglichkeiten nicht mehr ausreichten, um wenigstens die Kinder vor der Deportation zu retten. Am folgenden Tag brachte er sich um. Sein letzter Tagebucheintrag lautet: „3 Uhr. Bis jetzt sind 4000 abfahrtsbereit. Bis 4 haben es laut Befehl 9000 zu sein.“<sup>17</sup> Es gibt keinen Grund, diesen Mann in die Reihe der Mörder zu stellen.

Bevor das Ghetto im Frühjahr 1943 geräumt wurde, wurden die letzten Mitglieder des Judenrates herausgelockt und am „Umschlagplatz“ erschossen. Die Deutschen brauchten sie nicht mehr.

### *Die Deportationen lippischer Juden*<sup>18</sup>

Seit dem Frühjahr 1942 wurden auch Deportationszüge deutscher Juden nach Warschau geleitet. Ihre Überlebenschancen waren dort nicht größer als an den früheren Zielorten, etwa in Riga. Aus Bielefeld fuhr am 31. März 1942 ein Deportationszug mit etwa 1000 Menschen nach Warschau ab - vom Güterbahnhof aus und in Viehwaggons.<sup>19</sup> Die Anordnungen zur Abwicklung und die Verzeichnisse der betroffenen Personen waren über die Landräte an die Ortspolizeibehörden weiter geleitet worden. Am 20. März teilte die Gestapo den Abtransport von 1.000 Juden aus dem Bezirk der Stapoleitstelle Hannover mit, dem 325 Juden aus dem Bezirk der Bielefelder Gestapo angegliedert werden sollten.<sup>20</sup> In Lippe waren 34 Juden von dieser Verfügung betroffen, 26 von ihnen stammten aus Detmold.

Die Richtlinien der Gestapo zur Durchführung waren nahezu identisch mit denen der Riga-Deportation vom 13. Dezember 1941 und änderten sich auch bei den folgenden Transporten nicht wesentlich. Sammel-lager war wieder die ehemalige Gaststätte "Kyffhäuser" in Bielefeld, in die die Betroffenen nun allerdings erst einen Tag vor ihrer "Abschiebung" eingeliefert werden sollten. Neu waren ebenfalls eine Reduzierung des erlaubten Gepäcks von 50 auf 25 Kilogramm und der besondere Hinweis, dieses auf Waffen zu untersuchen. Beim Transport nach Bielefeld sei darauf zu achten, dass "die Juden sich keine Erkrankung durch Transport mit offenen Verkehrsmitteln zuziehen, da die Juden bei ihrem Eintreffen im Osten voll arbeitsfähig sein müssen."<sup>21</sup> Die Drohung, dass nicht arbeitsfähige Juden zurückgeschickt würden, zeigt, wie die Täuschungsmechanismen der Verfolgungsbehörden funktionierten.

Die 35jährige Herta Silberbach aus Schötmar wurde am Morgen des 30. März in Begleitung eines Polizeibeamten mit dem Personenzug nach Bad Salzuflen gebracht. Ein dortiger Polizeibeamter übernahm sie und brachte sie mit den Juden aus Bad Salzuflen ebenfalls per Bahn nach Bielefeld. Die Fahrtkosten bis Bad Salzuflen mussten von Herta Silberbach selbst entrichtet werden.<sup>22</sup> Auch die Detmolder Juden wurden auf dem Weg nach Bielefeld von einem dortigen Polizisten begleitet.<sup>23</sup>

---

<sup>16</sup> In Lanzmann, S. 239.

<sup>17</sup> Czerniaków, S. 285.

<sup>18</sup> Viele Details wurden mir freundlicherweise von Jürgen Hartmann aus seinen Forschungsergebnissen zur Verfügung gestellt; vgl. auch seinen Beitrag: Die Deportation Detmolder Juden 1941-1945, in: Stadt Detmold (Hg.): Nationalsozialismus in Detmold. Dokumentation eines stadthistorischen Projekts. Bearb. v. Hermann Niebuhr u. Andreas Ruppert. Bielefeld 1998, S. 660-678.

<sup>19</sup> Joachim Meynert: Was vor der „Endlösung“ geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg 1933-1945. Münster 1988, S. 261.

<sup>20</sup> Gestapo Bielefeld an Landräte, 20. März 1942, in: Stadtarchiv Bad Salzuflen, Schötmar III.470.3.

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> Vermerk der Schutzpolizei Schötmar vom 30. März 1942, ebd.

<sup>23</sup> Eintragung im Dienstplan vom 30.-31. März 1942, in: Staatsarchiv Detmold D 2C Kreispolizeibehörde Detmold Nr. 68.

Adam Czerniaków hat die Ankunft der aus Bielefeld Deportierten am 1. April 1942 in seinem Tagebuch vermerkt: „Der Kommissar<sup>24</sup> rief an, nachts um 11:30 treffe ein Transport mit 1000-2000 Juden ein, die wir aufnehmen sollen. Bis nachts um 12 wussten wir nicht, wann und auf welchem Bahnhof sie ankommen. Um 12 teilte A [Auerswald] mit, dass sie in einer halben Stunde ankommen werden. Es sollen eintausend sein. Als Durchgangslager habe ich das Spital in der Leszno-Straße 109 außerhalb des Gettos bestimmt. Gegen Morgen wurden etwa 1000 Deportierte aus Hannover, Gelsenkirchen usw. herbeigeschafft. Sie wurden im Spital in der Leszno-Straße untergebracht. Morgens um 10 war ich Zeuge der Essensausgabe. Die Deportierten haben nur kleine Gepäckstücke mitgebracht. Den über 68 Jahre Alten hatte man erlaubt, in Deutschland zu bleiben. Alte Leute, viele Frauen, kleine Kinder.“<sup>25</sup>

Robert Levi aus Schlangen wurde am 9. April 1942, wenige Tage nach der Ankunft in Warschau, mit 200 weiteren arbeitsfähigen jüdischen Männern nach Treblinka gebracht. Er berichtete dazu: "Als wir im Arbeitslager ankamen, wateten wir buchstäblich bis zu den Knöcheln im Blut zu unserer Baracke. Man hatte tags zuvor polnische Juden mit Kolben und Äxten erschlagen, um Platz für uns Neuzugänge zu machen. Von unserem Transport wanderten die Geisteskranken und die durch den langen Anmarschweg Schwachgewordenen sofort ins 'Sanatorium'. Es bestand damals aus einer Erschießungsstätte in der Nähe eines Waldes."<sup>26</sup>

Bis zu seiner Flucht zurück nach Warschau am 2. November 1942 war Levi zum Bau von Baracken und Stallungen eingesetzt worden. Im Ghetto arbeitete er schließlich als Koch unter dem Namen Max Flatow aus Detmold<sup>27</sup>. Nach Ausbruch des Ghetto-Aufstandes gelang es Levi im Mai 1943, das Ghetto durch unterirdische Gänge zu verlassen. Am 6. Juni wurde er jedoch verhaftet und ins Konzentrationslager Lublin gebracht, wo er zwei Monate Zwangsarbeit im Straßenbau leistete, bevor er nach Auschwitz deportiert wurde. Bis zum 13. Januar 1945 musste er in einem Bergwerk schwerste Arbeit verrichten. Über Groß-Rosen, Buchenwald und Tröglitz gelangte er Anfang Mai 1945 nach Theresienstadt, von wo er nach der Befreiung durch sowjetische Truppen am 25. Mai nach Schlangen zurückkehrte.<sup>28</sup>

Robert Levi war der einzige lippische Überlebende des Transports vom 31. März 1942. In den Todeserklärungen, die nach 1945 von den Amtsgerichten für die an unbekanntem Ort an unbekanntem Datum Ermordeten ausgestellt wurden, finden sich zahlreiche seiner Zeugnisse, als Beispiel sei das über das Ehepaar Emmi und David Examus zitiert: „Die Eheleute David und Emmi Examus gehörten zu den Detmolder Juden, die zusammen mit mir am 28. März 1942 nach Bielefeld geschafft wurden und hier zu dem Transport – Hannover 2 – kamen, der nach Warschau ging. In Warschau haben beide Eheleute Examus zunächst mit mir in einem Zimmer gewohnt. Während ich alsbald nach Treblinka kam, blieben die Eheleute Examus noch in Warschau. Im Herbst 1942, als ich aus Treblinka geflohen war und wieder nach Warschau kam, habe ich mich nach dem Schicksal der Eheleute Examus erkundigt. Man sagte mir damals, dass David Examus bald nach meinem Abtransport - etwa im Juni oder Juli – verstorben ist. David Examus war nämlich schon krank, als ich am 9. April nach Treblinka transportiert wurde. Seine Ehefrau ist mit meiner ebenfalls umgekommenen Schwester zusammen gewesen. Beide haben bei der Firma Tobbens u. Schulz in Warschau gearbeitet. Während meine Schwester nach Treblinka kam, soll Frau Emmi Examus nach dem jüdischen

---

<sup>24</sup> Gemeint ist Auerswald.

<sup>25</sup> Czerniaków, S. 240.

<sup>26</sup> Zitiert in Monika Minninger u. a. (Bearb.): Einwohner - Bürger – Entrechtete. Sieben Jahrhunderte jüdisches Leben im Raum Bielefeld. Bielefeld 1988. S. 246.

<sup>27</sup> Der wirkliche Max Flatow, Kaufmann aus Detmold, war mit seinen Eltern Louis und Frieda ebenfalls am 30. März 1942 nach Warschau deportiert worden, s. S. Gudrun Mitschke-Buchholz: Gedenkbuch für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Detmold. Bielefeld 2001, S. 61-62.

<sup>28</sup> Christian Starre: Das Schicksal der Juden in Bad Lippspringe und Schlangen während der Zeit des Dritten Reiches. Unveröff. Manuskript der Staatsexamensarbeit an der Gesamthochschule Paderborn, 1977, in: StA DT D 71 Detmold Nr. 745. Robert Levi verstarb 1985 in Schlangen.

Arbeitslager Treblinka geschafft worden sein. Von der Vorgenannten habe ich dann nichts mehr gehört und nehme wie in allen anderen Fällen mit Bestimmtheit an, dass sie dort umgekommen ist.“<sup>29</sup>



*Selma und Max Kornberg, 1939  
(StA DT L 80.14 Nr. 337)*

Zu den Opfern gehört Max Kornberg aus Bad Salz-  
uflen, von dem ein in Warschau am 3. März 1943  
geschriebener Brief an seine Angehörigen erhalten ist.  
Er zeigt die zeitlich begrenzte „privilegierte“ Stellung  
der Arbeitskräfte in Betrieben, die als „rüstungswich-  
tig“ eingestuft wurden: "Nach langer Zeit kann ich  
euch endlich wieder ein Lebenszeichen von mir ge-  
ben, leider nur von mir, denn meine liebe Frau ist seit  
dem 2. September nicht mehr hier, auch Else ist be-  
reits seit Mitte August fort wo sie sich befinden und  
ob sie noch am Leben sind, weiß ich nicht, ich habe  
seitdem nichts mehr von ihnen gehört. Wir haben  
hier noch Schweres durchgemacht, ich habe bisher  
alles gut überstanden, befinde mich in Arbeit in einem

Rüstungsbetrieb, wo ich bereits seit dem 16. April 1942 tätig bin. Allerdings bin ich recht schlank geworden, befinde mich aber ganz wohl dabei und kann die geforderte Arbeit auf dem Holzplatz gut leisten. Ich wohne mit 6 Deutschen zusammen in 2 Zimmern, haben Kochgelegenheit, elektrisches Licht und richtige Betten und Wasserleitung, also ganz erträglich. Ich verkaufe von meinen mitgenommenen Sachen, um etwas zusätzlich zum Leben kaufen zu können, das Verhältnis zwischen Erlös und Einkauf ist jedoch ungeheuerlich, man kann sich zum Beispiel für 1 Bettbezug 7 kg Brot oder 0.5 kg Speck oder 400 g Butter kaufen, da muss man sehr sparsam sein, um durchzuhalten.“<sup>30</sup>

Aus Lemgo waren Angehörige der schon lange in der Alten Hansestadt verwurzelten Familie Frenkel deportiert worden, Geschwister des Vaters von Karla Raveh (geb. Frenkel), die als einzige ihrer Familie nach Lemgo zurückkehrte. Aus Warschau kamen seinerzeit Briefe mit der Bitte um Hilfe: Es gebe im Warschauer Ghetto nichts zu essen, die Angehörigen seien am Verhungern.<sup>31</sup>



*Erinnerung an Hedwig Block  
auf dem Jüdischen Friedhof in Detmold.  
(Aufnahme Georg Weis, 1991)*

Zu den Opfern gehörte Erna Hamlet, die als Stenotypistin bei der Lippischen Regierung beschäftigt war. Jürgen – damals noch: Joseph, s. u. – Stroop erzwang im März 1933 ihre sofortige Entlassung. Neun Jahre später wurde sie nach Warschau deportiert. Erna Hamlet kehrte nicht zurück.<sup>32</sup> Zu den Opfern gehörte die Lehrerin Hedwig Block, die mit Schülerinnen und Schülern der jüdischen Schule aus der Gartenstraße 6 in Detmold nach Warschau geschickt wurde. Von ihrem Leben finden sich fast keine Spuren, da ihre Schwester, die mit Hilfe eines Pfarrers in Deutschland ihre Identität geändert und dadurch überlebt hatte, alle Unterlagen zu vernichten gezwungen war.<sup>33</sup> Nur eine Inschrift auf einem Grabstein auf dem Detmolder jüdischen Friedhof erinnert an sie und ihren Tod in Warschau.

<sup>29</sup> StA DT D 23 Amtsgericht Detmold: Todeserklärungen, Nr. 308.

<sup>30</sup> Brief von Max Kornberg aus Warschau vom 3. März 1943, Brief im Privatbesitz, Kopie im Archiv Jürgen Hartmann.

<sup>31</sup> Karla Raveh: Überleben. Der Leidensweg der jüdischen Familie Frenkel aus Lemgo. Von Karla Raveh geb. Frenkel. Nebst Aufzeichnungen von Helene Rosenberg. 4. Aufl., Lemgo 1995 (Forum Lemgo, 1), S. 34-35.

<sup>32</sup> S. Mitschke-Buchholz: Gedenkbuch, S. 77.

<sup>33</sup> Mitteilung des Neffen von Hedwig Block an den Verfasser, Januar 2004.



Und plötzlich ist Warschau ganz nah. Hier die kleine lippische Residenzstadt, dort die polnische Metropole und in ihr das Ghetto – nun durch die Namen der Ermordeten miteinander verbunden.

Tatsächlich waren die deutschen Juden – es handelte sich um mehrere Tausend Personen - in Warschau verloren. Sie waren in eine Welt geworfen, in der der Hungertod an der Tagesordnung war. Sie hatten keinen Zugang zu den Ostjuden, deren Mentalität ihnen fremd war, und sie verstanden weder Jiddisch noch Polnisch. Sie konnten nicht schmuggeln und sie hatten keine Kontakte auf der „arischen“ Seite der Ghettomauer. Noch verlorener war nur noch die kleine Minderheit der deutschen Juden, die getauft war. Czerniaków versuchte, ihnen eben so zu helfen, wie er später den deutschen Zigeunern helfen wollte, die im Juni und Juli 1942 in Warschau ankamen. Aber er konnte ihnen nicht helfen.<sup>34</sup>

### *Die Deportationen im Sommer 1942*

Im März 1942 – wenige Wochen nach der Wannseekonferenz in Berlin - hatte Himmler die Vernichtung der Ghettos im Generalgouvernement angeordnet. In der deutschen Verwaltungssprache hieß es: „Aussiedlungsaktionen“; in Wirklichkeit waren es die Deportationen in die Gaskammern von Chelмно, Belzec und Sobibor. In den Distrikten Lemberg und Lublin begannen sie im März, in Krakau im Mai, in Radom im August. Leiter der „Aktionen“ waren die jeweiligen SS- und Polizeiführer. Für Warschau war der Beginn auf den 22. Juli angesetzt worden. Ganz lautlos lässt sich so etwas allerdings nicht einmal von deutschen Spezialisten vorbereiten, und so schwirrten schon vorher Gerüchte durchs Ghetto.

Czerniaków ging zu den deutschen Dienststellen und fragte nach. Am 20. Juli 1942 notierte er: „Morgens 7:30 bei der Gestapo. Ich fragte Mende, wie viel Wahrheit an den Gerüchten ist. Er entgegnete, er habe nichts davon gehört. Als nächstes wandte ich mich an Brandt, er antwortete, ihm sei nichts darüber bekannt. Auf die Frage, ob das dennoch passieren könne, erwiderte er, er wisse gar nichts. Unsicher ging ich von ihm weg. Ich wandte mich an seinen Chef, Kommissar Boehm. Der erwiderte, dass das nicht seine Abteilung sei, dass Hohenmann eventuell im Zusammenhang mit den Gerüchten etwas mitteilen könnte. Ich bemerkte, den ausgestreuten Gerüchten zufolge solle die Aussiedlung heute um 19:30 beginnen. Darauf antwortete er, dass er wohl etwas wüsste, wenn dies geschehen solle. Da ich keinen anderen Ausweg hatte, begab ich mich zum stellvertretenden Leiter der Abteilung III, Scherer. Er gab seiner Verwunderung über das Gerücht Ausdruck und erklärte, er wisse auch nichts darüber. Schließlich fragte ich, ob ich der Bevölkerung erklären könne, dass kein Anlass zu Befürchtungen besteht. Er antwortete, das könne ich, alles, was die Leute reden, sei *Quatsch* und *Unsinn*. Ich beauftragte Lejkin, über die Bezirke die Bevölkerung davon zu unterrichten. Ich fuhr zu Auerswald. Er erklärte, er habe dem *SS-Polizeioberführer* von allem berichtet. First war inzwischen bei Jesuiter und Schleterer, die empört waren über die ausgestreuten Gerüchte und eine Ermittlung in dieser Angelegenheit ankündigten.“<sup>35</sup>

Für die „Aussiedlung“ war ein „Aussiedlungsstab“ eingerichtet worden, den SS-Obersturmbannführer Hermann Höfle leitete. Höfle war ein Fachmann: Er hatte schon die Morde im Distrikt Lublin organisiert. Am 21. Juli 1942 diktierte Höfle im Büro des Judenrates den Deportationsbefehl – niedergeschrieben hat ihn, weil er deutsch konnte, Marcel Reich-Ranicki.<sup>36</sup> Vom folgenden Tag bis zum 30. September rollten die Züge vom „Umschlagplatz“ nach Treblinka. Mehr als 240.000 Menschen aus Warschau wurden dort um-

---

<sup>34</sup> Eintragungen Czerniakóws zum 1.4., 8.4., 9.4., 16.4., 20.4., 7.6., 7.7. und 8.7.1942. Zu diesem letzten Datum notierte er: „Mende [Gerhard Mende, Leiter des Judenreferates der Gestapo in Warschau] hat verboten, auf in Warschau eingegangene Briefe, in denen man sich nach Juden erkundigt, zu antworten.“ Czerniaków, S. 276.

<sup>35</sup> Czerniaków, S. 282-283.

<sup>36</sup> S. dazu seinen Bericht in Josef Wulf: Vom Leben, Kampf und Tod im Ghetto Warschau. Bonn 1958, S. 49-50.

gebracht. Dazu kamen noch mehrere Zehntausend Menschen aus den umliegenden kleineren Ghettos. Ausgenommen waren vorerst die Beschäftigten der 16 für die Wehrmacht arbeitenden Betriebe.

Manchmal wird Verwunderung darüber geäußert, dass die Deportationen möglich waren, obwohl die Wehrmacht doch dringend Lokomotiven und Wagen brauchte. Man will noch im Nachhinein ein rationales Verhalten der Wehrmacht anmahnen. Das ist jedoch ein Trugschluss. Das Vorgehen war rational. Das ist ja das Erschreckende und unterscheidet das deutsche Morden von den in Polen und Russland über Jahrhunderte üblichen Pogromen. Die Versorgung des Ghettos mit Lebensmitteln und Arbeitsmaterialien band viel mehr rollendes Material als die Deportationen. Die Spezialisten auf der Krakauer Burg hatten längst errechnet, dass das Ghetto ein unrentabler Zuschussbetrieb war.<sup>37</sup> Was mit Menschen geschah, die unrentabel waren, hatte das Euthanasieprogramm im Reich schon gezeigt.

Im Vorfeld hatte sich aber ein Problem ergeben. Die Bahnstrecke zum vorgesehenen Mordlager Sobibor war dringend reparaturbedürftig und Lokomotiven und Waggons waren angesichts des Sommerfeldzugs der Wehrmacht in Südrussland tatsächlich knapp. Eigens für die Ermordung der Warschauer Juden wurde das Vernichtungslager Treblinka gebaut und eine andere Bahnstrecke ausgewählt. Um das alles zu regeln, wählte Himmler den „kurzen Dienstweg“. Er wandte sich direkt an den für die Reichsbahn zuständigen Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Dr. Albert Ganzenmüller. „Besorgen Sie mir Züge“, schrieb Himmler, und Ganzenmüller, „Alter Kämpfer“ der NSDAP und Teilnehmer am sog. Hitlerputsch vom 9. November 1923, konnte am 28. Juli stolz vermelden: „Seit dem 22.7. fährt täglich ein Zug mit je 5000 Juden von Warschau über Malkinia nach Treblinka.“<sup>38</sup>

1945 floh Ganzenmüller nach Südamerika. Als er zwanzig Jahre später zurückkam, wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Für ein Hauptverfahren aber war Ganzenmüller immer zu krank. Hier hatte man einen der vielzitierten Schreibtischtäter in der selbstgestellten Falle. Seine Schreiben haben die Qualität von Geständnissen: Man brauchte keine Zeugen und keine Indizien. Dennoch gab es kein Verfahren, kein Urteil, keine Strafe und keine Sühne.<sup>39</sup>

## **Die im Ghetto Zurückgebliebenen**

Zurückgeblieben waren etwa 50.000 bis 70.000 Menschen. Die Hälfte von ihnen war den deutschen Razzien entgangen und versteckte sich im sog. Wilden Ghetto. Die anderen waren bei Schultz und Többens beschäftigt. Sie klammerten sich weiter an die Hoffnung, durch Arbeit zu überleben. Nicht, dass sie sich noch Illusionen über die deutschen Ziele gemacht hätten. Aber man wusste, dass die Wehrmacht in Russland zurückgeschlagen wurde, man war über Stalingrad informiert, man wusste, dass die Deutschen den Krieg verloren hatten. Es ging also darum durchzuhalten.

Himmlers Pläne waren andere. Er verfolgte zwei Ziele: Zum einen die Übernahme der Produktion für die Wehrmacht durch die SS. Dies gehörte in sein Konzept der Stärkung der SS auf Kosten der Wehrmacht. Im Zusammenhang damit stand zum anderen die Verlagerung der Betriebe samt ihren Belegschaften aus Warschau in den Distrikt Lublin. Warschau sollte eine Stadt ohne Juden werden, das Ghetto sollte abgerissen und zu einem Park umgestaltet werden. Schon im Oktober 1942 hatte Himmler den Verlagerungsbefehl erteilt, der jedoch nicht umgesetzt wurde. Am 9. Januar 1943 kam Himmler selbst in die Stadt und erteilte

---

<sup>37</sup> Aly u. Heim: Vordenker, S. 312 ff.

<sup>38</sup> Der Schriftwechsel zwischen Ganzenmüller und Himmler bzw. mit dem Chef des Persönlichen Stabes Himmlers Karl Wolff bei Raul Hilberg: Sonderzüge nach Auschwitz. Frankfurt u. a. 1987, S. 177 u. 181.

<sup>39</sup> Heiner Lichtenstein: Mit der Reichsbahn in den Tod. Massentransporte in den Holocaust. Köln 1985.

den Befehl erneut. Wer nicht zu den Belegschaften gehörte, sollte nach Treblinka gebracht werden. Himmlers Befehl sollte am 18. Januar umgesetzt werden.<sup>40</sup>

Dieses Datum kennzeichnet den Beginn des Aufstandes. Das Klima hatte sich inzwischen geändert. Im Ghetto war man sich bewusst, dass man durch die Erfüllung der deutschen Anordnungen niemanden retten konnte. Jetzt erst war der Aufstand möglich geworden. Er begann mit einer Aktion zur Befreiung Verhafteter aus den Zellen der Ghettopolizei – die Rolle von Judenrat und Jüdischem Ordnungsdienst war zu Ende. Von Ende Januar 1943 stammt der erste öffentliche Aufruf der jüdischen Widerstandsleitung: „Jüdische Volksmassen, die Stunde naht. Ihr müsst bereit zum Widerstand sein! Ihr dürft euch nicht wie die Hammel abschlachten lassen! Kein einziger Jude soll mehr in die Waggons verladen werden ... Unsere Parole muss jetzt sein: Jeder sei bereit, wie ein Mensch zu sterben!“<sup>41</sup>

## Der Aufstand

Am 18. Januar 1943 begann der bewaffnete Widerstand – an verschiedenen Stellen und unabhängig voneinander. Es gab nicht *den* Widerstand, sondern Aktionen einer Reihe kleinerer Gruppen, deren Überlegungen zum gleichen Ergebnis gekommen waren. Insofern wird es auch nie *die* Geschichte des Widerstandes im Warschauer Ghetto geben. Die Deutschen waren überrascht und zogen sich zurück. Es gab jedoch keinen Grund zum Triumph: 6.500 Menschen wurden auch an diesem Tag gefangen genommen und nach Treblinka geschickt. Dazu kam das massenhafte Morden auf der Straße. Ein deutscher Polizist schrieb in sein Tagebuch: „18. bis 21. Januar 1943. Die letzten Tage haben wir Furchtbares erlebt im Ghettoeinsatz. Die Bilder verfolgen einen bei Tag und Nacht. Sechshundert bis siebenhundert Menschen wurden erschossen, wie auf einem Schlachthof sah es mitunter aus.“<sup>42</sup>

Natürlich hatten die Deutschen ihre Pläne nach dem Rückzug nicht aufgegeben. Im Februar 1943 hatten die Inhaber der Firmen Schultz und Többens Verträge mit dem SS- und Polizeiführer in Lublin, Odilo Globocnik, abgeschlossen, nach denen eine SS-Firma, die Ostindustrie GmbH (Osti) beide übernehmen würde. Die Fa. Schultz sollte in das Arbeitslager Trawniki, die Fa. Többens in das Arbeitslager Poniatowa überführt werden. Diesem Ziel diente der erneute Versuch der Ghettoräumung, der am 19. April begann und nach deutscher Vorstellung drei Tage dauern sollte. Beteiligt waren Einheiten von SS, Polizei, Wehrmacht, polnischer Polizei sowie mit „fremdvölkischen“, d.h. ukrainischen, estnischen und anderen Hilfstruppen, insgesamt mehr als 900 Mann. Leiter der später nach ihm benannten „Aktion“ war Jürgen Stroop. Simha Rotem, einer der Militanten, erinnert sich: „Am 19. April um vier Uhr morgens sahen wir deutsche Soldaten auf ihrem Weg in das Hauptghetto die Nalewki-Kreuzung passieren. Sie marschierten, endlos. Nach ihnen kamen Panzer, Panzerwagen, leichte Artillerie und Hunderte Männer der Waffen-SS auf Motorrädern.“<sup>43</sup>

---

<sup>40</sup> Befehl Himmlers im Schreiben an den Höheren SS- und Polizeiführer Krüger vom 11. Januar 1943, abgedruckt bei Scheffler u. Grabitz: *Letzte Spuren*, S. 180-181.

<sup>41</sup> Text in Wulf, S. 72-73.

<sup>42</sup> Wolfgang Scheffler u. Helge Grabitz: *Der Ghetto-Aufstand Warschau 1943 aus der Sicht der Täter und Opfer in Aussagen vor deutschen Gerichten*. München 1993, S. 140.

<sup>43</sup> Simha Rotem: *Kazik. Erinnerungen eines Ghettokämpfers*. Berlin 1996, S. 48.



Ausgang des SS- und Polizeiführers Jürgen Stroop, April 1943

Dem hatte das Ghetto Knüppel, Messer, Molotow-Cocktails, einige selbstgebaute Minen und wenige Schusswaffen entgegen zu setzen. Pistolen und Karabiner waren schwer zu bekommen. Polnische Schmuggler ließen sie sich teuer bezahlen. Polnische Widerstandskämpfer aber behielten sie eher für sich selbst. Die Kämpfe dauerten nur wenige Tage. Am 21. April gingen die Deutschen dazu über, auf den Straßenkampf zu verzichten und stattdessen die Häuser in Brand zu stecken. Die Menschen, die von den Flammen erreicht wurden, hatten keine Chance. Die Deutschen zeigten sich als interessierte Beobachter ihrer Leiden. Simha Rotem sagt: „Das Ghetto war ein einziges Flammenmeer.“<sup>44</sup> Es brannte mehr als drei Wochen lang. Schwieriger war es für die Angreifer, dem ausgebauten System der Verbindungsgänge zwischen den Kellern auf die Spur zu kommen. Hier war der Kampf zu Ende, als am 8. Mai der Bunker in der Milastraße 18 entdeckt wurde, in dem die jüdische Aufstandsleitung versammelt war. Mehr als 140 Menschen fanden den Tod, darunter Mordechai Anielewicz, der Anführer des Aufstands. Am 16. Mai 1943 wurde die Große Synagoge in der Tlomackistraße gesprengt. Für den Leiter der „Aktion“, Jürgen Stroop, war

es der auch symbolische Abschluss seines Auftrags.

Die deutschen Verluste waren minimal: 16 Tote und 85 Verwundete.<sup>45</sup> Die meisten jüdischen Militanten kamen um. Andere konnten sich durch die Kanalisation auf die „arische“ Seite retten. Hier kam eine weitere Enttäuschung. Rotem hat sie formuliert: „Doch sehr schnell stellte sich heraus, dass auf der „arischen“ Seite niemand stand und auf uns wartete - wenn wir jemanden retten wollten, so würden wir es aus eigener Kraft tun müssen.“<sup>46</sup>

Es ist nicht so, dass es keine Polen gab, die geholfen haben und dabei ihr Leben und das ihrer Familien riskierten. Aber die polnische Gesellschaft war selbst zutiefst gespalten. Es gab einige wenige Polen, die „ihren“ Juden beistanden: Sie haben sie versteckt, sie haben Fluchten organisiert, sie haben sie mit Lebensmitteln versorgt. Es gab aber auch die *szmalcowniks*, die Juden gegen Geld an die Gestapo verrieten.<sup>47</sup> Und es gab die polnischen Antisemiten ebenso wie die litauischen, lettischen und ukrainischen. Und es gab auf polnischer Seite die große Zahl der Gleichgültigen. Simha Rotem erzählte Claude Lanzmann: „Im arischen Stadtteil Warschaus ging das Leben weiter wie immer, ganz natürlich und normal, wie früher. Die Cafés waren normal besucht, die Restaurants, die Autobusse, die Straßenbahnen fuhren, die Kinos waren geöffnet.“<sup>48</sup>

<sup>44</sup> Rotem, in Lanzmann, S. 261.

<sup>45</sup> „Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr“. Stroop-Bericht. Darmstadt u. a. 1967. Verkleinerte Faksimileausgabe des Berichts, darin zu Beginn die Liste der Toten und Verwundeten.

<sup>46</sup> Rotem, S. 62-63.

<sup>47</sup> Die Rolle eines solchen *szmalcownik* schildert eindrucksvoll Andrzej Szczypiorski in seinem Roman „Die schöne Frau Seidenmann“. Frankfurt 1988.

<sup>48</sup> Lanzmann, S. 264.

1946 hat Jerzy Andrzejewski diese Atmosphäre von Gleichgültigkeit und Antisemitismus auf der „arischen“ Seite in einem Roman geschildert. Er erschien im gleichen Jahr auch auf deutsch unter dem Titel „Die Karwoche“. Er wurde lange Zeit nicht wieder aufgelegt. Erst Claude Lanzmanns Film „Shoah“ durchbrach Mitte der 80er Jahre in Polen dieses Tabu.<sup>49</sup>

## Zur Einschätzung des Aufstands

Oft wird die Frage gestellt, warum sich „die Juden“ nicht schon von Anfang an gewehrt haben. Aber es gab „die Juden“ nicht. Es gab kein „europäisches Judentum“, das sich hätte wehren können, und es gab kein Kollektiv im Warschauer Ghetto, das handlungsfähig gewesen wäre. Soziale, politische, regionale Unterschiede überwogen. Die Ghettos waren immer und überall heterogene Zwangsgemeinschaften. Mit wem hätte sich denn Hedwig Block aus Detmold verbünden sollen? Es ist auch nicht so einfach, Familienväter, Frauen und Kinder zum bewaffneten Widerstand gegen eine zur Vernichtung bereite Armee aufzuwiegeln. Die polnische Armee, gut gerüstet, gut ausgebildet und zahlenmäßig gleichwertig, war soeben gegen die Wehrmacht untergegangen – was sollten denn nun jüdische Familien ausrichten? Die Kampfbereitschaft ist aber auch gering, wenn es andere Hoffnungen gibt. Raul Hilberg erinnert daran, dass Juden 2000 Jahre lang mit einer Strategie der Defensive überlebt hatten.<sup>50</sup> Einzelne Gemeinden waren ermordet worden, vom Rhein bis zum Don, doch das europäische Judentum hatte überlebt. Simha Rotem zitiert eine weitverbreitete Stimmung: „Auch das wird vorübergehen, das hat es in der Geschichte unseres Volkes schon immer gegeben.“<sup>51</sup>

Diese Hoffnung verschloss sich vor der Wirklichkeit. Im Sommer 1942 hatte ein Mitglied der sozialistischen Partei „Bund“ den Weg der Züge nach Treblinka ausgekundschaftet, die Zeitung des Bund hatte darüber berichtet und zum Widerstand aufgerufen. Bernard Goldstein, ein Führer des „Bund“, begründete später, warum der Deportationsbefehl nicht zum Aufstand führte: „Innerhalb weniger Tage nach der Bekanntmachung war das Ghetto scharf und deutlich in zwei Kategorien geteilt: die Produktiven, Glücklichen und Begnadigten auf der einen Seite, die Unproduktiven und Unseligen auf der anderen.“<sup>52</sup>

Andere wie Simha Rotem waren von vornherein kampfbereit. Rotem sagt in seinen 1984 in Israel, 1996 auch deutsch veröffentlichten Erinnerungen, dass er niemals einer Provokation nachgegeben habe und niemals vor einem Angriff weggelaufen sei. Das ist ein Gegenentwurf, der in Israel wirksam werden sollte, in Polen aber auf geringe Resonanz stieß. Aber selbst die Militanten waren gespalten. Mindestens zwei große Gruppen standen sich gegenüber. Auf der einen Seite die Zionisten, die Polen verlassen wollten und ihre Zukunft in einem eigenen Staat sahen. Auf der anderen Seite bestand der „Jüdische Arbeiterbund von Polen und Litauen“ auf einer jiddischen Identität in Polen und wollte gerade nicht in ein Land auswandern, in dem die bisher Ausgebeuteten selbst zu Ausbeutern werden müssten. Es dauerte lange, bis diese rivalisierenden Gruppen zusammenarbeiteten.

---

<sup>49</sup> Jerzy Andrzejewski: Die Karwoche. Reinbek bei Hamburg 1987. Lanzmann wollte mit seinem Film eine Diskussion in Deutschland entfachen, vgl. seine Aussagen im Gespräch mit Heike Hurst, Lanzmann: S. 269 ff.. Während der Film aber in Deutschland fast keine Wirkung erzielte, erreichte er dieses Ziel in Polen. Mehr als ein Jahrzehnt später begann mit der Darstellung der Morde in Jedwabne eine weitere Etappe der Auseinandersetzung um den polnischen Anteil am Judenmord, s. Jan T. Gross: Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne. München 2001. Die polnische Originalausgabe war im Jahr 2000 erschienen.

<sup>50</sup> Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Berlin 1982, S. 11-49.

<sup>51</sup> Rotem, S. 36.

<sup>52</sup> Bernard Goldstein: „Die Sterne sind Zeugen“. Der bewaffnete Aufstand im Warschauer Ghetto. Bericht eines der Anführer. 2. Aufl. Freiburg 1994, S. 80.

Letzten Endes waren es nur wenige hundert Menschen, die bewaffnet kämpften. Sie hatten eine Aufstandsleitung gebildet, die Zydowska Organizacja Bojowa (ZOB). Sehr junge Leute standen an ihrer Spitze. Stellvertretend seien genannt Mordechai Anielewicz, der in den Kämpfen umkam, Izhak Cukierman („Antek“), der später nach Palästina emigrierte, und Marek Edelman, der in Polen blieb. Die Ghettokämpfer wussten, dass sie keine Siegeschance hatten. Marek Edelman sagte Jahrzehnte später: „Es ging darum, sich nicht abschlagen zu lassen, wenn sie kamen, uns zu holen. Es ging nur um die Art zu sterben.“<sup>53</sup>

Der Aufstand hat ein Symbol geschaffen: Das Symbol des kämpfenden Juden. Israel hat diese Tradition übernommen, hier steht am Yom ha-Shoah zum Gedenken an den Aufstand mittags fünf Minuten lang das Leben still. Es ist Israels Staatsdoktrin, dass niemals mehr ein Jude wehrlos auf den Tod warten wird, den andere beschlossen haben. Wie es Staatsdoktrin ist, dass man sich auf Niemanden mehr verlässt. Wer Israels Politik verstehen will, sollte sich mit dem Warschauer Ghetto beschäftigen.

Marek Edelman blieb allerdings in Polen und wurde hier zu einem angesehenen Kardiologen. Er ist ein begehrter Zeitzeuge, von dem man anfangs vor allem die Bestätigung eines Guerrilla-Mythos erwartete. Edelman hat diese Erwartung immer enttäuscht. Er zeigt keinen Stolz auf seinen Mut und seine Taten. Der Tod im Kampf sei nicht besser als der in der Gaskammer. Es gibt für ihn nur einen unwürdigen Tod: „wenn man versucht habe, auf anderer Menschen Kosten zu überleben.“<sup>54</sup>

Wie sollte man ihm widersprechen?

Waren nicht die Eltern Helden, die ihre Kinder in den Tod begleiteten?

Oder die Kinder, die ihre Eltern nicht verlassen wollten?

War nicht Janusz Korczak ein Held, der bei seinen Waisen geblieben war?

War nicht Emanuel Ringelblum ein Held?

War Adam Czerniaków kein Held, der nach Palästina hätte auswandern können, aber bei seiner Gemeinde blieb, und der sich umbrachte, als er sah, dass er sie zuletzt nicht retten konnte?

Waren nicht die Menschen, die aus den brennenden Häusern des Ghettos in den Tod sprangen, ebenso Helden wie die Militanten?

Und war nicht auch Hedwig Block aus Detmold eine Heldin?

## **Jürgen Stroop – „Der Mann aus Detmold“**

Durch den Aufstand trat ein Mann ins Licht der Geschichte, von dessen Herkunft und früher Entwicklung her das nicht zu erwarten war: Jürgen Stroop, „der Mann aus Detmold“, wie ihn der Detmolder Archivpädagoge Wolfgang Müller nannte.<sup>55</sup> Stroop ist durch zwei Texte berühmt geworden und wird durch sie für immer mit dem Warschauer Ghetto verbunden bleiben. Der eine ist sein eigener Siegesbericht vom 24. Mai 1943 mit dem Titel: „Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr“. Er wurde schon in den Nürnberger Prozessen verwendet und 1960 veröffentlicht.<sup>56</sup> Die Bilder und Texte aus diesem Bericht haben

---

<sup>53</sup> Marek Edelman im Gespräch mit Hanna Krall, s. Hanna Krall: Schneller als der liebe Gott. Frankfurt 1980, S. 20. Von Edelman auch: Das Ghetto kämpft. Warschau 1941-1943. Berlin 1993.

<sup>54</sup> Krall, S. 52.

<sup>55</sup> Wolfgang Müller: Joseph („Jürgen“) Stroop, der Mann aus Detmold. In Stadt Detmold (Hg.); Nationalsozialismus, S. 80-98.

<sup>56</sup> S. auch Fußnote 34. Der Bericht wurde in drei Exemplaren angefertigt, erhalten ist das für Himmler angefertigte Exemplar. Es liegt heute im Archiv der Hauptkommission zur Untersuchung der Kriegsverbrechen in Polen in Warschau.

die Erinnerung an den Judenmord geprägt: Der kleine Junge, der mit erhobenen Händen auf die Sieger zugeht, ist ein bekanntes und abrufbares Bild.<sup>57</sup>

Der andere Text stammt von Kazimierz Moczarski, einem polnischen Widerstandskämpfer, der von der stalinistischen Nachkriegsregierung verhaftet und zu Stroop in eine Zelle gesperrt wurde. Merkwürdigerweise kamen die beiden Männer miteinander aus. Stroop, der wusste, dass er keine Chance hatte, der Hinrichtung zu entgehen, erzählte freimütig aus seinem Leben, und Moczarski hörte zu. Viele Jahre später veröffentlichte er seine Erinnerungen unter dem Titel „Gespräche mit dem Henker“ und beschwor: "Jeden Satz von Stroop höre ich so deutlich, sogar die Betonung, als würde ich das alles vom Tonband abschreiben. Und ich sehe ihn vor mir, jede seiner Bewegungen, seinen Ausdruck, das Verziehen der Lippen, wie auf einer Filmleinwand."<sup>58</sup>

Das Buch wurde 1977 in Polen und ein Jahr später in Deutschland veröffentlicht. Im Detail sind die Notizen nicht verlässlich, aber sie spiegeln die Mentalität eines Täters und lassen etwas davon erahnen, was ihn antrieb und welche Weichen gestellt werden mussten, um ihn zum Täter zu machen. Denn zwei Dinge sind klar: Geburt und Aufwachsen in einer Stadt wie Detmold, der kleinen, selbstverliebten, kulturbeflissenen, offenen und auch ein bisschen rückständigen Residenzstadt eines kleinen Landes, assoziieren nicht die Entwicklung zum Massenmörder in Polen. Aber das Idyll der Kleinstadt, die Abgeschiedenheit der Provinz schützen auch nicht vor solcher Entwicklung. Die lippischen Juden waren hier nicht geschützt, und die Täter kamen ebenfalls aus dieser Umgebung. Normalität und Verbrechen liegen enger beieinander, als man es gerne wahrhaben möchte.

Stroop wurde 1895 in Detmold geboren, die katholischen Eltern taufte ihn Joseph – erst im Mai 1941 nahm er den Namen „Jürgen“ an. Der Vater war Kutscher im fürstlichen Dienst, wechselte aber später als Polizeibüttel in den städtischen Dienst – Moczarski gegenüber wurde er dann zum lippischen „Polizeichef“ befördert. 1909 trat Stroop in den lippischen Staatsdienst und machte eine Lehre als Katasterbeamter in mittlerer Laufbahn. Vermutlich wäre er dort auch bis zur Pensionierung geblieben. Wir wissen nicht, welche Wünsche und Träume er hatte. Moczarski berichtet, wie Stroop sich noch in der Zelle an die blitzenden Uniformen der Offiziere erinnerte, die sonntags vor der staunenden Kleinstadtwelt in der Allee vor dem Hornschen Tor ihre Pferde ausritten. Offizier zu werden – das wäre es vielleicht gewesen. Aber unter den Bedingungen des Kaiserreichs bestand dafür keine Chance. Selbst im Ersten Weltkrieg blieben die Standes-schranken stabil. Stroop schaffte es bis zum Vize-Feldwebel. Die Reichswehr brauchte ihn nicht, und so kehrte er nach dem Krieg in den Katasterdienst zurück.

Die wirkliche Chance seines Lebens bot ihm dann 1932 die SS. Sie verhiess die Zugehörigkeit zu einer neuen Elite, sie verhiess die Uniform und eine Karriere, die auch die Offiziersränge einschloss. Und sie verlangte nur eins: bedingungslosen Gehorsam. In den ersten Monaten ist Stroop nicht weiter aufgefallen. In den bekannten völkischen Kreisen des „Hermannslandes“ taucht er nicht auf. Er spielte in Lippe erst eine Rolle, als ihm am 4. März 1933 die Leitung der „Hilfspolizei“ übertragen wurde. Danach war er allerdings an allen antisemitischen Maßnahmen in Detmold beteiligt.

Seitdem war die doppelte Laufbahn bei SS und Polizei seine neue Welt. Die entscheidenden Karriere-sprünge gab es seit 1934 außerhalb Lippes. Die Karriere war in der Tat rasant. In der SS wurde er schon

---

<sup>57</sup> Es gibt Zweifel an der Authentizität des Fotos, das möglicherweise erst bei einer anderen Gelegenheit nach der Räumung des Ghettos aufgenommen wurde, s. Bericht in der Frankfurter Rundschau vom 14. Juli 2005. Die schon seit 1982 bestehenden Zweifel konnten die Rolle des Bildes als Ikone für den Aufstand des Ghettos aber nicht erschüttern.

<sup>58</sup> Kazimierz Moczarski: Gespräche mit dem Henker. Das Leben des SS-Gruppenführers und Generalleutnants der Polizei Jürgen Stroop. Aufgezeichnet im Mokotow-Gefängnis zu Warschau. Frankfurt 1982, zitiert im Nachwort von Andrzej Szczypiorski, S. 398.

1935 mit der Führung einer Standarte beauftragt; im Krieg kam die Karriere als Polizeioffizier hinzu. Sie bot die beamtenrechtliche Absicherung und sie brachte die militärischen Ränge: als „General“ wollte man angesprochen werden, nicht als „Brigadeführer“. Im September 1942 war der unterste Generalsrang geschafft: Strop war Generalmajor der Polizei. Eingesetzt war er bei den Höheren SS- und Polizeiführern in Russland-Süd und in Lemberg - militärische Einsätze fehlten dagegen.

Im April 1943 kam Strop nach Warschau, mit dem vermeintlich leichten Auftrag, das Ghetto in drei Tagen zu räumen. Am 19. April 1943 übernahm er kommissarisch die Führung der Polizei- und SS-Einheiten für den noch im „Amt“ befindlichen SS- und Polizeiführer Dr. Ferdinand von Sammern-Frankeneck, dem Himmler die Leitung der „Aktion“ nicht zugetraut hatte. Es war der ersehnte Sprung auf die letzten Sprossen der Karriereleiter. Und so wurde in seinem Bericht vom 24. Mai die Brand- und Mordaktion gegen halbverhungerte Juden zu einer militärischen Großtat, für die man das Eiserne Kreuz und eine Beförderung erwarten konnte – und auch erhielt. Das Eiserne Kreuz gab es am 18. Juni, die Beförderung elf Tage später: Strop war nun auch offiziell SS- und Polizeiführer im Distrikt Warschau.

## **Das Ende des Ghettos**

Strop spricht in seinem Bericht von 56065 Menschen, die ihm in die Hände gefallen seien. Die Juden, die nicht zu den Belegschaften der genannten Firmen gehörten, wurden entweder an Ort und Stelle erschossen – Strop nennt 7000 - oder nach Treblinka deportiert. Aus den Reihen der letzteren, deren Zahl Strop mit 6929 angibt, wurden 2400 für Arbeiten in Auschwitz herausgezogen. 42.136 Menschen wurden in den Raum Lublin deportiert. Dass es Himmler bei den Betriebsverlagerungen nicht um die jüdischen Belegschaften ging, zeigt das Massaker vom 3. und 4. November, das in der Sprache der Mörder als „Aktion Erntefest“ bezeichnet wurde: die Ermordung von ca. 40.000 Menschen, darunter die Belegschaften der Firmen Schultz und Többens. Mit ihnen starb mit hoher Wahrscheinlichkeit auch der Salzufler Max Kornberg. In Warschau hatte Himmler auf dem Ghetto Gelände ein Konzentrationslager errichten lassen. Ungarische und griechische Juden sollten die Hinterlassenschaft der Ermordeten sichern und dem Reich bzw. der SS zuführen. Diese Arbeiten dauerten bis zum Beginn des polnischen Aufstandes in Warschau im Herbst 1944 an.<sup>59</sup>

## **Strops weiterer Weg**

Für Strops Karriere zahlte sich sein Handeln in Warschau aus. Am 9. November 1943 kam die Beförderung zum Obergruppenführer, dem nach dem Reichsführer und Oberstgruppenführer dritthöchsten Rang in der SS. Wichtiger war ihm aber, wie den meisten SS-Offizieren, der parallele Rang: „General der Polizei und der Waffen-SS“. Er wurde gleichzeitig als Höherer SS- und Polizeiführer nach Griechenland versetzt. Zwei Monate später schickte ihn Himmler als Höheren SS- und Polizeiführer nach Wiesbaden und übergab ihm die Polizeihochschule über vier deutsche Gaue, den Wehrkreis XII sowie die Zivilverwaltungen in Lothringen und Luxemburg. Strop stand, wie Wolfgang Müller feststellte, „im Zenit seiner nur im nationalsozialistischen Deutschland möglichen Laufbahn.“<sup>60</sup> Wie so viele SS-Führer, wie auch Himmler selbst, hatte er den Höhepunkt seiner persönlichen Macht aber erreicht, als die Macht Deutschlands auf ihrem Tiefpunkt angelangt war. Strop wurde gefangengenommen und 1947 in Dachau von einem amerikanischen Militärgericht wegen der Ermordung amerikanischer Flieger zum Tode verurteilt. Anschließend wurde er nach

---

<sup>59</sup> Andreas Mix: Das Konzentrationslager Warschau, in: Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte 2 (2004), S. 150-156; der Autor verfasst eine Dissertation zu diesem Komplex.

<sup>60</sup> Müller, S. 93.



Polen ausgeliefert. Auch dort wurde er zum Tode verurteilt. Am 6. März 1952 wurde er in Warschau hingerichtet.<sup>61</sup>

## Epilog

Ostwestfalen und Lippe sind in zweifacher Weise mit Warschau verbunden. Durch Jürgen Strop, an den immer sein „Bericht“ erinnern wird. Und durch die von hier deportierten Menschen, für die stellvertretend u. a. Hedwig Block erwähnt wurde. Ihr Name steht auf der am 9. November 1995 in Detmold eingeweihten Tafel mit den Namen der NS-Opfer an der Gedenkstätte Alte Synagoge.

Wir müssen uns entscheiden, welche Erinnerung uns wichtiger ist. Die Analyse der Denkweise und des Handelns der Täter ist notwendig, zur Erklärung des Geschehenen und für die Beurteilung unserer eigenen Aussichten. Aber wir dürfen die Faszination durch die Täter nicht zulassen. Unsere Aufgabe ist es, an die Opfer zu erinnern und dafür zu sorgen, dass ihr Schicksal nicht vergessen wird. Wir können dieses Schicksal nicht im Nachhinein ändern, und die Erinnerung ist auch keinesfalls „das Geheimnis der Erlösung“. Es ist nicht die Aufgabe der Geschichtsschreibung, neue Mythen zu schaffen. Wir können niemanden erlösen. Das Gedenken ist das einzige, was wir den Ermordeten noch geben können: Die Erinnerung an die Menschen in der so reichen jüdischen Lebenswelt, für die im europäischen Haus im 20. Jahrhundert endlich ein Platz gesichert schien, bis Deutsche beschlossen, das zu ändern.

---

<sup>61</sup> Ausführliche Berichte zum Prozess in der vom Jüdischen Historischen Institut in Warschau herausgegebenen Zeitschrift „bleter far geschichte“, Band 3 (1953), Hefte 1 und 2.

# „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens?“ Kommunistische Presse in Ostwestfalen-Lippe 1946-1956

von Dirk Mellies

Sucht man nach Quellen zur Erforschung der ostwestfälisch-lippischen Regionalgeschichte der Nachkriegszeit, so stößt man mit dem kommunistischen „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“ auf eine Tageszeitung, die heute nur noch wenigen Personen bekannt ist.<sup>1</sup> Das Detmolder „Volks-Echo“ (VE) gehörte dabei bis 1949 gemeinsam mit der „Freien Presse“ und der „Lippischen Rundschau“ zu den drei einzigen Zeitungen, die nach erteilter Lizenzierung durch die Britische Zonenverwaltung seit Mitte des Jahres 1946 in Lippe erscheinen durften. Wie fast überall in den vier Besatzungszonen waren auch diese drei Zeitungen alle als parteinahe Presseerzeugnisse bewilligt worden. Von den 42 bis Ende 1946 lizenzierten Zeitungen der Britischen Zone kann man beispielsweise über 83 Prozent einer der fünf neu gegründeten Parteien SPD (13), CDU (10), KPD (7), FDP (3) und Zentrum (2) zuordnen. Große überparteiliche Blätter, wie in der amerikanischen Besatzungszone die „Frankfurter Rundschau“ oder die „Rhein-Neckarzeitung“, deren Herausgeberkreise teilweise die gesamte politische Bandbreite von KPD (z.B. Emil Carlebach) bis FDP (z.B. Theodor Heuss) repräsentierten<sup>2</sup>, waren in der Britischen Zone nur selten zu finden.

Während jedoch in Lippe die sozialdemokratische „Freie Presse“ bis 1967 und die ehemals christdemokratische „Lippische Rundschau“ sogar bis ins Jahr 2003 hinein bestehen blieben, musste das kommunistische „Volksecho“ am 17. August 1956 sein Erscheinen einstellen. Infolge des nach fünfjährigem Prozess durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochenen Verbots der KPD wurde auch das Vermögen des VE eingezogen und die Zeitung selbst aufgelöst.<sup>3</sup> Die knapp zehnjährige Geschichte des VE soll im Folgenden im Mittelpunkt stehen.

Angesichts des schwachen Stands der lippischen KPD in der Zwischenkriegszeit bis zu ihrem Verbot im Jahre 1933 erscheint die Errichtung einer Hauptredaktion für eine der sieben kommunistischen Zeitungen der Britischen Zone gerade in Detmold als außergewöhnlich. In den Jahren der Weimarer Republik pendelten die Ergebnisse der KPD von 1921 bis 1930 lediglich zwischen vier und sieben Prozent, nur bei den sich zunehmend radikalierenden Verhältnissen der Wahlen in der Endphase der Republik erreichte die Partei bei der Reichstagswahl im November 1932 einen Spitzenwert von 15,3 Prozent.<sup>4</sup> Nach 1945 wiederbegründet und bis 1948 immerhin mit zwei Ministern auch in der nordrhein-westfälischen Landesregierung vertreten, konnte die KPD allerdings Ende der Vierziger Jahre noch kurzzeitig erfolgreich Wähler an sich binden. Während die Partei bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen von 1947 ihr westdeutsches Spitzenergebnis von 14 Prozent inklusive dreier Direktmandate erzielte, erreichte auch die lippische KPD mit 7,4 Prozent (4.125 Stimmen) im Detmolder und 7,1 Prozent im Lemgoer Kreis (3.605 Stimmen) stattliche Ergebnisse.<sup>5</sup> Da zudem mit der Detmolder Druckerei Hermann Bösmann, die nach 1945 die Druckmaschinen der ehemaligen nationalsozialistischen „Lippischen Staatszeitung“ erworben hatte, ein kostengünstiger

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag basiert auf Vorarbeiten, die der Verfasser in den Jahren 1994/1995 auf Anregung von Wolfgang Müller durchgeführt hat.

<sup>2</sup> Vgl. Kurt Koszyk: Parteipresse im Nachkriegsdeutschland; in: Gertraud Steinl (Hg.): Publizistik aus Profession. Festschrift für Johannes Binkowski. Düsseldorf 1978, S. 139.

<sup>3</sup> Vgl. Staatsarchiv Detmold (StA DT) D 29 Nr. 61, S.47 ff. (Einzugsbescheid des Vermögens des VE).

<sup>4</sup> Vgl. Hans Hüls: Wähler- und Wahlverhalten im Lande Lippe während der Weimarer Republik. Detmold 1974, S. 52ff.

<sup>5</sup> Vgl. Statistisches Landesamt NRW (Hg.): Statistisches Jahrbuch NRW. Düsseldorf 1949, S. 324f.

Druckereibetrieb zur Verfügung stand<sup>6</sup> und sich im Zuge der Auflösung der lippischen Eigenstaatlichkeit eine zukünftig wichtigere Stellung der alten lippischen Residenzstadt abzeichnete, lag die Entscheidung in Detmold eine Hauptredaktion aufzubauen durchaus nahe. Dementsprechend wurde am 14. Februar 1946 über die Mittelsmänner Gustav Niebuhr, Philip Roth und Aloys Schweins mit einer Einlage von je 7.000 RM, die von der KP-Führung gestellt wurde, die „Volks-Echo GmbH“ gegründet. Die Chefredaktion hatten bei der Gründung Hilde Neumann und Ernst Nagel inne. Während die Geschäftsführung anfangs noch in Herford saß, war in Detmold nicht nur der Standort der Druckerei Bösmann, sondern auch die der Redaktion in der Paulinenstraße 14 ansässig. Bis zur Währungsreform erschien die Zeitung zu einem Preis von 20 Pfennig nur zweimal die Woche, nach 1949 dann jeden Werktag. Neben einem breiten überregionalen Teil stand auch die regionale Berichterstattung aus dem Lippischen und dem ehemaligen Regierungsbezirk Minden im Mittelpunkt.<sup>7</sup>

Eingeschlossen in die auf NRW bezogene kommunistische Gesamtauflage von 788.000 (gegenüber 978.000 der SPD)<sup>8</sup> billigte die Britische Zonenverwaltung mit 85.000 Exemplaren auch dem VE eine vergleichsweise hohe Auflage zu. Angesichts der im Verhältnis zu CDU und SPD schwächer ausfallenden Wahlergebnisse und aufgrund einer gegenüber der KPD kritischer werdenden Pressepolitik der Besatzungsmacht<sup>9</sup> wurden allerdings Papier- und Aufлагengarantien des VE bereits nach wenigen Wochen um fast 90 Prozent auf 11.000 Stück gesenkt. Lediglich die Übernahme von 39.000 Druckexemplaren aus dem Erscheinungsgebiet des Dortmunder „Westdeutschen Volksechos“ verhinderte zu diesem Zeitpunkt eine Einstellung der Zeitung. Allerdings ging bis zum Jahresende 1946 die Auflage auf Anweisung der Besatzungsbehörde trotz der Übernahme westfälischer Zeitungskreise wie Lippstadt, Soest und Teilen des Münsterlands weiter auf nur noch 45.000 Stück zurück.<sup>10</sup> Auch die kommunistische Gesamtauflage in ganz NRW hatte sich bis zum Jahresende um fast 70 Prozent auf 254.000 Exemplare verringert.<sup>11</sup>

Mit der Ausdehnung der Reichweite des VE reduzierte sich auch bald der regionale ostwestfälisch-lippische Fokus. Während bis 1951 sechs bis sieben Lokalredaktionen die Standorte Detmold, Bielefeld, Herford, Minden, Paderborn, Coesfeld und Münster abdeckten, hatten schließlich bis zum Verbot fünf Lokalredaktionen das gesamte Gebiet der drei Regierungsbezirke Detmold, Arnsberg und Münster zu bedienen. Die Hauptredaktion wurde deshalb bereits 1952 von Detmold nach Bielefeld verlegt und das lippische Ressort mit Paderborn, Warendorf, Borken-Bocholdt usw. zusammengeführt. Infolge dieser Umstrukturierungen verließ neben weiteren Redakteuren auch der erste Chefredakteur Ernst Nagel die Zeitung, die bis 1956 von den Sitzredakteuren Erich Strohmeier (1952-1953), Georg Baamann (1954-1955) und Kurt Relle (1956) weitergeführt wurde.<sup>12</sup> Während 1947 noch rund 10.000 Exemplare in den drei Kreisen Detmold, Lemgo und Herford verkauft wurden, sank die Auflage des VE zuletzt im gesamten Erscheinungsgebiet auf eine nur noch vierstellige Zahl.<sup>13</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl. StA DT D 107 F Nr. 1 (Kurz gefasste Darstellung der Eigentumsverhältnisse des NS-Betriebs „Lippische Staatszeitung“, Detmold, Paulinenstraße 14, nach Angabe ehemaliger Angestellter dieser Zeitung von VE-Geschäftsführer Georg Gattel, Detmold vom 14.5.1949).

<sup>7</sup> Vgl. Christa Hempel-Klüter: Die KPD-Presse in den Westzonen von 1945-1956. Frankfurt am Main 1993, S. 246-251 und StA DT D 29 Nr.61 (Einzugsbescheid des Vermögens des VE).

<sup>8</sup> Vgl. Dietrich Staritz: Die Kommunistische Partei Deutschlands; in: Richard Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Bd. II, Opladen 1984, S. 1799.

<sup>9</sup> Vgl. Till Kössler: Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945-1968. Düsseldorf 2005, S. 130f.

<sup>10</sup> Vgl. StA DT D 107 F Nr. 1 (Schreiben des Volks-Echo Verlags an Georg Gattel, Detmold vom 11.1.1951).

<sup>11</sup> Vgl. Staritz, S. 1799.

<sup>12</sup> Vgl. Hempel-Klüter, S. 249-251.

<sup>13</sup> Vgl. D 107 F, Einleitung zum Findbuch, S. II.

Das VE stand seit seiner Gründung deutlich unter der direkten Anleitung der KPD. Sowohl nach Lage der Akten, als auch in der Lektüre der Zeitung selbst lassen sich jedoch zwei Phasen voneinander unterscheiden. In der Detmolder Zeit unter Ernst Nagel, der seine neue politische Karriere noch 1945 durch Vermittlung Wilhelm Mellies' als Mitarbeiter des sozialdemokratischen lippischen Ministerpräsidenten Heinrich Drake begonnen hatte, konnte die Redaktion offensichtlich einen gewissen Freiraum gegenüber der KPD bewahren. Dieses zeigt sich u.a. darin, dass in dieser Phase noch viele der Mitarbeiter und selbst einige der Redakteure parteilos blieben.<sup>14</sup> Hinzu kommt, dass ein Großteil der Parteimitglieder mit Ausnahme der Chefredaktion und der Geschäftsführung erst nach 1945 in die KPD eingetreten war und somit nicht auf eine langjährige Parteischulung zurückblicken konnte. Tatsächlich war das Redaktionskollegium – wie generell große Teile der Nachkriegs-KPD<sup>15</sup> – erstaunlich jung und bestand im Wesentlichen aus Männern, die in den Zwanziger Jahren geboren waren und die letzten Kriegsjahre als Soldat erleben mussten.<sup>16</sup>

Da das VE aufgrund des höchst eingeschränkten Zeitungsangebots in den Vierziger Jahren automatisch eine große Zahl nicht-kommunistischer Leser hatte, versuchte die Gründungsredaktion auch diese mit einer halbwegs neutralen Sport- und Regionalberichterstattung zu bedienen.<sup>17</sup> Nach Angaben ehemaliger Redakteure hätte die Redaktion zudem in den ersten Jahren gegenüber der Parteiführung eine „gewisse Narrenfreiheit“ besessen, was aber zumindest in einem Fall zu einer Rüge Nagels durch den Parteivorsitzenden Max Reimann geführt hätte.<sup>18</sup> Auch wenn diese „Freiheit“ in den Akten und der Zeitung selbst nur sehr schwerlich nachzuweisen ist, war es aber möglicherweise genau dieser daraus resultierende offenere Duktus, der gemeinsam mit im Arbeitermilieu populären Forderungen wie der vollständigen Enteignung des lippischen Fürsten und der Familie Hugenberg, der härteren Bestrafung von NS-Verbrechern und der radikalen Kritik an der wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Bizone, dem VE und anderen kommunistischen Publikationen einen Absatz garantierte. Eine Analyse der Britischen Besatzungsbehörden aus dem Jahr 1948 belegt jedenfalls, dass zu diesem Zeitpunkt noch mehr als 20 Prozent aller Männer und immerhin noch 13 Prozent aller Frauen Nordrhein-Westfalens eine kommunistische Zeitung als bevorzugte Erst- oder Zweitzeitung gelesen hätten.<sup>19</sup> Zudem zeigen Glückwunschtelegramme des christdemokratischen NRW-Ministerpräsidenten Karl Arnolds und Heinrich Drakes zum einjährigen Bestehen des Blattes, dass das VE zumindest in den ersten Monaten seines Bestehens selbst beim politischen Gegner Anerkennung fand.<sup>20</sup>

Nach der Währungsreform und der Gründung der Bundesrepublik begann sich allerdings sowohl das Gesicht der Redaktion als auch das der Leserschaft deutlich zu verändern. 1949 wurde die Zeitung von den noch vorhandenen Nichtmitgliedern gesäubert.<sup>21</sup> Mit der Übernahme der Geschäftsführung durch das eventuelle ehemalige Mitglied der „Gruppe Walter Ulbricht“, Christian Giesecking (1950)<sup>22</sup>, und der Einstellung des Redakteurs Karl Wollweber, dem jüngeren Bruder des Staatssekretärs der Staatssicherheit in der DDR Ernst Wollweber, stellte die Parteiführung dem VE außerdem Aufpasser „als politisches Korsett“ zur

---

<sup>14</sup> Vgl. übereinstimmend der ehemalige Chefredakteur Ernst Nagel (Interview vom 10.12.1994), der Lokalredakteur B.G. (Schreiben vom 22.11.1994) und der nicht-kommunistische Vertriebsleiter Gerhard Friedrichs (Interview vom 13.1.1995). Die Interviews wurden vom Verfasser persönlich geführt und sind in dessen Privatarchiv dokumentiert.

<sup>15</sup> Im Mai 1947 waren beispielsweise mehr als 78,2 Prozent aller KPD-Mitglieder in NRW jünger als 50 Jahre. Vgl. Josef Boyer und Till Köster (Bearbeiter): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Teilband IV: SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie die Grünen. Düsseldorf 2005, S. 832.

<sup>16</sup> Vgl. D 107 F Nr. 1 (Personallisten des VE mit Geburtsdaten).

<sup>17</sup> Vgl. Ernst Nagel (Interview vom 10.12.1994).

<sup>18</sup> Vgl. B.G. (Schreiben vom 22.11.1994).

<sup>19</sup> Vgl. PORO Special Report Nr. 163, Februar 1948, PRO, FO 1005/ 1868, zitiert nach: Kössler, S. 139.

<sup>20</sup> Vgl. VE vom 16.7.1947.

<sup>21</sup> Vgl. Gerhard Friedrichs (Interview vom 13.1.1995) und B.G. (Schreiben vom 22.11.1994).

<sup>22</sup> Vgl. StA DT D 29 Nr.61, S. 1 zur Bedeutung Gieseckings. Hier wird angegeben, dass Giesecking während des Zweiten Weltkriegs desertierte und 1945 mit der „Gruppe Walter Ulbricht“ nach Deutschland zurückkehrte. Bei Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln 2001, ist Giesecking allerdings nicht im Namensregister aufgeführt.

Seite.<sup>23</sup> Da die Druckerei Bösmann nach der Aufhebung des Berufsverbots für die Altverleger mit dem Wiedererscheinen der „Lippischen Landeszeitung“ für das VE als Geschäftspartner ausschied, diente auch die 1949 erfolgte Verlegung des Druckorts in kommunistische Parteibetriebe in Düsseldorf bzw. Essen einer stärkeren Aufsicht durch die KPD. Diese Veränderungen führten bei dem allgemeinen Kurswechsel der KPD zu einem kämpferisch-radikaleren Programm auch im Erscheinungsbild des VE zu einer Verschärfung des Tonfalls. Mit der positiven Kommentierung der Niederschlagung des Volksaufstands am 17. Juni 1953 sowie in der vorbehaltlosen Übernahme des Standpunkts von UdSSR, DDR, SED und KPD war die Zeitung in den Fünfziger Jahren nunmehr eindeutig als KP-Zeitung zu identifizieren. Diese deutlichere Positionierung führte allerdings neben dem allgemeinen Sympathieverlust der Kommunisten in der Bevölkerung dazu, dass innerhalb kürzester Zeit auch noch die letzten parteilosen Inserenten und Leser vom VE abgestoßen wurden. Der daraus resultierende wirtschaftliche Misserfolg brachte die Zeitung wiederum in eine stärkere Abhängigkeit von den größeren kommunistischen Blättern. In den letzten Jahren ihres Erscheinens fungierte das VE deshalb nur noch als Kopfblatt der „Neuen Volkszeitung“ in Essen und konnte lediglich in wenigen Spalten auf das Geschehen in den Regionen eingehen.<sup>24</sup> Während die Zeitung also bis ca. 1951 als eine ergiebige Quelle für die ostwestfälisch-lippische Regionalgeschichte gelten kann,<sup>25</sup> wird die Lektüre im Laufe der Fünfziger Jahre deutlich „langweiliger“, da eine vorbehaltlose Wiedergabe des KP-Standpunktes auch in anderen kommunistischen Publikationen nachzulesen ist.

Einen größeren Quellenwert haben die Zeitung und ihre überlieferten Archivalien dagegen, wenn man sich mit den Auswirkungen des Kalten Krieges auf der westdeutschen Seite beschäftigen will. Wie das Verbotsurteil von 1956 und die daraus resultierende Einstellung des VE zeigt, konnte nämlich die Verteidigung des Standpunktes des gegnerischen Blocks auch im Westteil Deutschlands zur politischen Verfolgung und gesellschaftlichen Diskriminierung solcher Positionen führen. Als Mittel zur Verfolgung von Kommunisten dienten hierbei neben dem Besatzungsrecht nach der Gründung der Bundesrepublik vor allem die Sanktionsmittel der politischen Justiz. Auch das VE hatte in seinem zehnjährigen Erscheinungszeitraum unter staatlichen Repressalien zu leiden. Neben den bereits erwähnten 1946 erfolgten Auflagenkürzungen verursachte vor allem ein dreimonatiges Verbot über den Zeitraum der Währungsreform im Jahre 1948 dem VE enorme wirtschaftliche Schwierigkeiten. Grundlage des Verbots durch die Britische Besatzungsbehörde war ein Artikel über den Ausgang der italienischen Wahlen, in der der Vorwurf geäußert wurde, dass die Regierung de Gasperi nur mittels amerikanischer Unterstützung durch massive Dollarzahlungen und „gefälschte Dokumente“ zur Diffamierung der italienischen Volksfront eine Mehrheit bekommen hätte.<sup>26</sup>

Da das VE bereits in anderen Artikeln durchaus hart mit den westlichen Besatzungsmächten umgegangen war, weitere kommunistische Zeitungen gleichermaßen in diesem Zeitraum verboten wurden und den lokalen Konkurrenzzeitungen während des Erscheinungsstopps Auflagenenerhöhungen zugestanden wurden, liegt der Verdacht nahe, dass hier beabsichtigt wurde, die kommunistische Presse finanziell zu schädigen. Da Proteste der Verlagsführung unter Verweis auf die Folgen der Währungsreform scheiterten,<sup>27</sup> erwirtschaftete die Zeitung tatsächlich einen größeren finanziellen Verlust, der auch durch groß angelegte Abonnentenkampagnen nicht ausgeglichen werden konnte. Lediglich verdeckte Hilfen der Parteiführung, worunter im Übr-

---

<sup>23</sup> Vgl. zur Beurteilung Wollwebers: B.G. (Schreiben vom 22.11.1995).

<sup>24</sup> Vgl. Hempel-Klüter, S. 31.

<sup>25</sup> Vgl. z.B. die Auswertung des VE durch Paul-Wolfgang Herrmann für die lippische Gewerkschaftsbewegung, in: Derselbe: Der Wiederbeginn gewerkschaftlichen Lebens in Detmold seit 1945, in: Hermann Niebuhr und Wolfgang Müller (Bearbeiter): Detmold in der Nachkriegszeit. Dokumentation eines stadthistorischen Projektes. Bielefeld 1994, S. 95-128, in dem sich der Autor mehrfach auf das VE stützen konnte.

<sup>26</sup> Vgl. VE vom 24.4.1948 (Verbotsartikel) und VE vom 5.5.1948 (Begründung des Verbots).

<sup>27</sup> Vgl. StA DT D 107 F Nr. 2 (Schreiben des Geschäftsführers Georg Gattels an den Regional Commissioner General Bishop, Detmold vom 19.6.1948 und die negative Beantwortung, Düsseldorf, den 27.7.1948).

gen der Verfasser des Einzugsbescheids des VE 1957 auch ein erlassenes Darlehen der Bösmann-Druckerei „als mittelbare Subvention der KPD“ zählte<sup>28</sup>, halfen der Zeitung ihr Erscheinen zu sichern.



Parole „Freiheit für Ernst Nagel“, 1950  
(Privatarchiv Ernst Nagel)

Auch noch nach der Gründung der Bundesrepublik behielten es sich die britischen Behörden vor, im Falle der Diskreditierung der Besatzungsmächte gegen das VE einzuschreiten. So wurde 1950 der Chefredakteur Ernst Nagel wegen seiner Kritik an der Verurteilung von Redakteuren der kommunistischen „Neuen Volkszeitung“, die einen Demontagestopp in Salzgitter gefordert hatten und gegen die in seinen Augen *nur* sechsmonatige Haftstrafe des sogenannten „Gestapohenkers Kaufmann“ zu jeweils vier bzw. fünf Monaten Gefängnis verurteilt.<sup>29</sup> Sowohl die Zeitung, die das erste Urteil als „Kolonialurteil“ bezeichnete, als auch die KPD versuchten in dieser Zeit mit Protesten auf das

Schicksal Nagels aufmerksam zu machen. So konnte man 1950 an mehreren Orten in OWL die Parole „Freiheit für Ernst Nagel! Tommy, Go Home!“ lesen.

Noch im gleichen Jahr erfolgte ein weiteres dreimonatiges Verbot der Zeitung.<sup>30</sup> Dieses Mal bezog sich die Strafmaßnahme auf die Kommentierung eines Bundesgesetzes zur Legalisierung der Einfuhr und Produktion schwerer Waffen. Dieses fasste das VE nicht nur als Bruch der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, sondern auch als scheinbar „klaren Beweis für die Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland“ und den vorbereiteten „Massenmord an Männern, Frauen und Kindern“ auf.<sup>31</sup> Wieder rutschte das VE während des hierauf von der Besatzungsbehörde erteilten Verbots in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten, zudem sich auch der öffentliche Druck, den Organisationen wie der rechtsstehende „Bund Deutscher Jugend“ auf die verbliebenen Inserenten des VE ausübten<sup>32</sup>, ebenfalls finanziell nachteilig auswirkte. Vor dem Konkurs konnte man sich auch diesmal nur mittels weiterer Hilfeleistungen der KPD und der Umstrukturierung der Redaktion, worunter auch die Aufgabe der Hauptredaktion in Detmold gehörte, retten.

Da 1950 insgesamt zwölf von sechzehn kommunistischen Zeitungen kurzzeitig verboten wurden<sup>33</sup>, bemühte sich die KPD im Erscheinungsgebiet des VE Ersatzorgane über die Gründung lokaler Mitteilungsblätter zu schaffen. In Bielefeld erschienen zum Beispiel während der Verbotszeit alleine vier Betriebszeitungen, die alle weitestgehend identisch in einen drei- bis vierseitigen überregionalen und einen zweiseitigen betriebspolitischen Teil gegliedert waren. Da in diesen Blättern mittels Werbeanzeigen infolge des Verbots eine Verdoppelung der „Anstrengungen bei der Abonnentenwerbung für das Volksecho“ gefordert wurde<sup>34</sup>, versuchte die Bielefelder Staatsanwaltschaft gegen die Verfasser ein Verfahren zur illegalen Fortführung der Zeitung anzustrengen. Nachdem dieses scheiterte, strebte man zudem ein Ermittlungsverfahren aufgrund des Verstoßes gegen den § 6 des Pressegesetzes an. Aufgrund des gedruckten Kopfes des Mitteilungsblattes hätte nämlich nicht nur – wie geschehen – der Verantwortliche im Sinne des Presserechts genannt werden müssen, sondern auch der Drucker und der Herausgeber. Diese

<sup>28</sup> Vgl. StA DT D 29 Nr. 61, S. 34.

<sup>29</sup> Vgl. VE vom 15.3.1950 und VE vom 31.5.1950.

<sup>30</sup> Vgl. StA DT D 107 F Nr. 1 (Anordnung des Land Commissioner General Bishop, ohne Datum).

<sup>31</sup> Vgl. VE vom 10.8.1950.

<sup>32</sup> Vgl. StA DT D 107 F Nr. 15 (Schreiben des BDJ/ Bezirk Minden an eine inserierende Firma aus Minden vom 17.12.1951).

<sup>33</sup> Vgl. Alexander von Brünneck: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968. Frankfurt am Main 1978, S. 54.

<sup>34</sup> Vgl. StA DT D 21 A (Staatsanwaltschaft Bielefeld) Nr. 2427 (Ausgabe Nr. 9/1950 des „Leinewebers – Mitteilungsblatt für die Werk tätigen in Bielefeld“ in den Prozessakten der Bielefelder Oberstaatsanwaltschaft und den dazu gehörigen Handakten).

mehr oder weniger kleinlichen Ermittlungsverfahren des Jahres 1950 markierten zugleich den Wechsel in der strafrechtlichen Verfolgung von Kommunisten in der Nachkriegszeit. Nach dem letzten kurzzeitigen Verbot des VE im Jahre 1950 und dem zweiten Haftantritt des Chefredakteurs Ernst Nagel 1951 waren es nämlich nicht mehr die Besatzungsmächte, sondern die deutschen Behörden, die gegen Kommunisten strafrechtlich vorgingen. Instrument hierfür war das 1951 ausdrücklich gegen eine potentielle kommunistische Unterwanderung der Bundesrepublik eingeführte politische Strafrecht.<sup>35</sup>

Vor allem die Paragraphen zur „Vorbereitung eines bestimmten hochverräterischen Unternehmens“ (§ 81 StGB), des „Landesverrats“ (§§ 100, 100a, 100b, 100c, 100e StGB), der „Verunglimpfung des Staates und seiner Organe“, der Beleidigung (§§ 96, 97, 95 und §§ 185ff. StGB), des Verbots „verfassungsfeindlicher“ (§ 90a StGB) und „krimineller Vereinigungen in verfassungsfeindlicher Absicht“ (§ 129 StGB), der „Geheimbündelei“ (§ 128 StGB), der Veröffentlichung „verfassungsfeindlicher Publikationen“ (§ 93 StGB) und der Aufnahme „verfassungsverräterischer Beziehungen“ (§ 100d Abs. 2 StGB) ließen spätestens nach dem KPD-Verbot von 1956 *auch rückwirkend* jegliche kommunistische Tätigkeit kriminalisieren.<sup>36</sup> Erst nach einer 1961 erfolgten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts<sup>37</sup> wurde diesem dem Prinzip *nulla poena sine lege* widerstrebenden Verfahren ein Riegel vorgesetzt.

Insbesondere das im Fall der Staatsgefährdung ausgeübte *Legalitätsprinzip* führte aber auch schon vor 1956 zu einem unverhältnismäßigen Vorgehen gegen Kommunisten. Während nach der großen Strafrechtsreform von 1968, die auf die massive fachliche Kritik an den Bestimmungen des bundesdeutschen politischen Strafrechts reagierte, mit der Einführung des *Opportunitätsprinzips* die Verfolgung politischer Straftaten dem Ermessen der Polizeibehörden oder im Fall der Verunglimpfung von einem Verfassungsorgan dem betreffenden Organ (z.B. §§ 90 Abs. 4, 90b Abs. 2) anheim gestellt wurde,<sup>38</sup> waren bis 1968 die Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften verpflichtet, jeglichen staatsgefährdenden Verdacht in einem Ermittlungsverfahren aufzurollen. Diese Praxis führte bis zur Strafrechtsreform zu immerhin über 125.000 staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren, die in ca. 6.000-7.000 Verurteilungen mündeten.<sup>39</sup>

## Ausrottungsspezialist in Adenauers Kabinett

### Enthüllungen über den Bonner Flüchtlingsminister Oberländer

Essen (EB). Als einen von Hitlers Kriegstreibern und Ausrottungsspezialisten für die Ostgebiete bezeichnete der Berliner Rundfunk den gegenwärtigen Flüchtlingsminister des Bonner Kabinetts Prof. Dr. Oberländer. Die empörende Tatsache, daß sich Adenauer mit solchen Feinden des Friedens und der Menschheit umgibt, beleuchtet einmal mehr die ganze Politik seiner Regierung. In derselben Linie liegt der Versuch Adenauers, mit allen Mitteln das Wehrgesetz im Bundestag durchzupfeifen, um so vor der bevorstehenden Viermächtekonzferenz vollendete Tatsachen zu schaffen.

Dr. Oberländer entwickelte 1940 in der Hüllerschrift „Neues Bauerntum“, Heft 4/5, April/Mai, in einem Artikel unter dem Titel: „Von der Front des Volkstumskampfes“ seine blutigen Ausrottungsvorschläge gegenüber der Bevölkerung der überfallener Gebiete. In dieser Schrift heißt es auf Seite 128:

„Die Eindeutung der Ostgebiete muß in jedem Falle eine restlose sein . . . Deutsch sind die neuen Ostgebiete völkisch erst dann, wenn der letzte Quasäquimeter von deutschen Menschen, die in diesen Gebieten bodenständig sind, bebaut wird.“

Zu diesen unerhört provokatorischen Vorschlägen bekannte Prof. Oberländer sich noch vor wenigen Wochen in einer Ansprache über den Münchener Rundfunk mit den Worten: „Wenn Herr Guggenheimer sagt, daß ich mir noch vor kurzem Ostkolonisten wünsche, so irrt er sich. Ich wünsche sie mir auch heute noch, weil ich glaube, daß es Menschen geben muß, die einmal wieder das Abendland ostwärts des eisernen Vorhangs vertreten.“

Im Interesse unseres Volkes und seiner friedlichen Verständigung mit allen Nachbarn, im Interesse erfolgreicher Verhandlungen auf der Berliner Viererkonferenz muß ein Sturm der Entrüstung diesen Minister hinwegfegen und Adenauers „Befreiungspolitik“ ein Ende bereiten.

VE vom 12.1.1954 mit Anstreichungen der Staatsanwaltschaft  
(StADTD 21 ANr. 2765)

Was die Anwendung des *Legalitätsprinzips* im Fall des VE bedeutete, wird im Magazin des Detmolder Staatsarchivs in Dutzenden Kartons mit den entsprechenden Handakten der Bielefelder Oberstaatsanwaltschaft über die Ermittlungsverfahren gegen die Redakteure der Zeitung ersichtlich. Mit der Verabschiedung des Strafrechtsgesetzes wurden in den einzelnen Staatsanwaltschaften Assessoren eingesetzt, die Tag für Tag die morgendlich erscheinenden Ausgaben der kommunistischen Tagespresse zu studieren und mit Buntstiften potentiell staatsgefährdende Inhalte zu markieren hatten. Es bedurfte letztendlich vieler solcher Buntstifte, die Berichterstattung über das 1952 veröffentlichte KPD-„Programm zur Nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ zu bearbeiten. Da hier rhetorisch zum „Sturz der Adenauer-Regierung“

<sup>35</sup> Vgl. u.a. die Begründung des Justizministers Thomas Dehlers (FDP) in der ersten Lesung des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes, zitiert nach: Brünneck, S. 73f.

<sup>36</sup> Vgl. Brünneck, S. 135. Entsprechende Verurteilungen wurden in der Regel in Idealkonkurrenz mit den §§ 42, 47 BverfGG („Zuwiderhandlung gegen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“) geahndet.

<sup>37</sup> Vgl. BverfGG 12 (Entscheidung vom 12.3.1961), S. 296.

<sup>38</sup> Vgl. Brünneck, S. 322 ff.

<sup>39</sup> Vgl. Brünneck, S. 363.

aufgefordert wurde, machte sich das VE nach Auffassung der zuständigen Assessoren nicht nur der Tatbestände der politischen Beleidigung und der Verunglimpfung von Staatsorganen, sondern auch der „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens gegen die verfassungsmäßige Ordnung“ schuldig.<sup>40</sup> Neben Artikeln, die zumeist nur Meinungsäußerungen der ja zu diesem Zeitpunkt noch legalen KP-Führung zitierten, wurde insbesondere auch die Berichterstattung über eine vermeintliche Nähe der Bundesregierung zum Nationalsozialismus in Ermittlungsverfahren aufgegriffen. Die vom VE eigens eingerichtete Kolumne „Fachmann bei Hitler und Adenauer“,<sup>41</sup> in der u.a. die NS-Vergangenheit des Vertriebenenministers Theodor Oberländer thematisiert wurde, erfüllte alleine schon aufgrund der Titelwahl den Tatbestand der Verunglimpfung bzw. der Beleidigung. Die in einem VE-Artikel geäußerte Aufforderung, dass ein Sturm der Entrüstung diesen Minister [Oberländer, D.M.] hinwegfegen und Adenauers ‚Befreiungspolitik‘ ein Ende bereiten soll“ wurde ebenfalls der „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ zugeordnet.<sup>42</sup>



VE vom 1.4.1954  
(StA DT D 21 A Nr. 2765)

Scheinen heute angesichts der überaus scharfen und zumeist unsachgemäßen Rhetorik der kommunistischen Journalisten viele der Ermittlungsverfahren gegenüber dem VE durchaus berechtigt, so finden sich aber auch genügend Beispiele, in denen die Verhältnismäßigkeit der Mittel weit überschritten wurde. So erfüllte beispielsweise allein der Abdruck der ja sachlich richtigen Karikatur über die Zustimmung Theodor Heuss' zum Ermächtigungsgesetz von 1933 bzw. zur Wiederbewaffnung von 1954 den Vorwurf der „Verunglimpfung des Bundespräsidenten“<sup>43</sup> und die Zeilen „Damit sich die Minister in Bonn ihre Riesengehälter in die Tasche schieben können, kröpfen

sie unser Weihnachtsgeld“<sup>44</sup> sowie die in einem Leserbrief geäußerte Auffassung, „dass alles Schwindel [sei], was die Adenauer-Regierung über die DDR sagt“, die Tatbestände der Beleidigung bzw. der „Verunglimpfung von Staatsorganen“.<sup>45</sup>

Infolge dieser aus dem Ruder laufenden Verfolgungswut wurden gegen die verantwortlichen Redakteure des VE allein in den fünf Monaten vom September 1952 bis zum Januar 1953 21 Ermittlungsverfahren wegen Hochverrat, Staatsgefährdung, Beleidigung, Verunglimpfung von Staatsorganen, Verunglimpfung des Bundespräsidenten und übler Nachrede eingeleitet.<sup>46</sup> Auch zwischen 1954 und 1956 riss die Ermittlungstätigkeit nicht ab. Alleine für die 22 laufenden Ermittlungsverfahren gegen den damaligen Chefredakteur wurden im Monat Dezember 1954 über 50 Artikel als belastendes Beweismaterial dem Bielefelder Oberstaatsanwalt vorgelegt.<sup>47</sup> Trotz dieses Aufwands gelangten allerdings in der Regel nur kleinere Fälle wegen Beleidigung zur Verurteilung, die wiederum zumeist in Geldstrafen, einige Wochen Gefängnis oder im Fall des ehemali-

<sup>40</sup> Vgl. z.B. VE vom 8.6.1953 bzw. StA DT D 21 A Nr. 2762.

<sup>41</sup> Vgl. z.B. VE vom 13.2.1953, bzw. StA DT D 21 A Nr. 2768 und VE vom 18.3.1953 bzw. StA DT D 21 A Nr. 2728.

<sup>42</sup> Vgl. VE vom 12.1.1954 bzw. StA DT D 21 A Nr. 2765. In der Abbildung sind die Anstreichungen des Assessors zu erkennen.

<sup>43</sup> Vgl. VE vom 1.4.1954 bzw. StA DT D 21 A Nr. 2765. Theodor Heuss, der 1933 mit vier anderen DStP-Mitgliedern über eine Listenverbindung mit der SPD in den Reichstag wiedergewählt wurde, wollte zwar anfangs dem Ermächtigungsgesetz die Zustimmung verweigern, beugte sich allerdings letztendlich dem Druck seiner Fraktion und stimmte zu. Problematisch erscheint natürlich der zum Hitler-Gruß gereckte Arm Heuss' und die Gleichsetzung der Gründung der Bundeswehr mit dem Ermächtigungsgesetz.

<sup>44</sup> Vgl. VE vom 3.12.1953 bzw. StA DT D 21 A Nr. 2765.

<sup>45</sup> Vgl. VE vom 20.1.1955 bzw. StA DT D 21 A Nr. 2869.

<sup>46</sup> Vgl. StA DT D 21 A Nr. 2764 (Bericht der Bielefelder Polizeibehörde an den Bielefelder Oberstaatsanwalt vom 15.7.1953).

<sup>47</sup> Vgl. StA DT D 21 A Nr. 2765 (Schreiben des Gerichtsassessors an den Bielefelder Oberstaatsanwalt vom 12.1.1955).



gen Chefredakteurs Erich Strohmeyer in ein dreijähriges Berufsverbot mündeten.<sup>48</sup> Allen weiteren gravierenden Ermittlungsverfahren zur Staatsgefährdung entzogen sich die beiden damaligen Chefredakteure Georg Baumann und Erich Strohmeyer durch die – in dieser Zeit bei führenden westdeutschen Kommunisten nicht ungewöhnlichen – Flucht in die DDR. Inwieweit die beiden Journalisten bzw. KP-Funktionäre nach Einstellung ihrer Verfahren im Jahr 1958<sup>49</sup> wieder in die Bundesrepublik zurückkehrten, konnte nicht ermittelt werden.

Das Ende des VE erfolgte schließlich am Tag des KP-Verbots recht unspektakulär. Nachdem an den Tagen zuvor das VE noch einmal versucht hatte, mit Vergleichen zur Situation von 1933 Stimmung zu machen,<sup>50</sup> wurden die verbliebenen Lokalredaktionen bereits eine Stunde nach der Verkündung des Parteiverbots ohne großen Widerspruch von der Polizei besetzt.<sup>51</sup> Bis auf wenige Redakteure, die in die DDR übergesiedelt waren, arbeiteten mehrere ehemalige Mitarbeiter nach 1956 in KP-Tarnorganisationen bzw. seit der 1968 erfolgten Wiedezulassung der DKP in deren Umfeld weiter. Da allerdings viele Redakteure weder in dem nunmehr ausgedünnten kommunistischen Presseapparat noch in nicht-kommunistischen Medienbetrieben eine Anstellung fanden, bedeutete das Verbot des VE für viele Mitarbeiter auch ein Ende ihrer journalistischen Laufbahn.

---

<sup>48</sup> Vgl. Verband der Deutschen Presse (Hg.): Pressefreiheit in Westdeutschland – Phrase und Wirklichkeit. Berlin (Ost) 1957, S. 14.

<sup>49</sup> Vgl. StA DT D 21 A Nr. 2768 (Vermerk des Bielefelder Oberstaatsanwalts vom 11.7.1958).

<sup>50</sup> Vgl. VE vom 16. bzw. 17.8.1956.

<sup>51</sup> Vgl. Aussage des ehemaligen Bielefelder Lokalredakteurs und späteren DKP-Aktivisten Fritz Habigsberg (Interview vom 10.11.1994).

# Eine gescheiterte Ehrenbürgerschaft. Oerlinghausen und Marianne Weber

von Jürgen Hartmann

Die vieldiskutierte Biographie Max Webers von Joachim Radkau hat erst kürzlich wieder die außergewöhnliche Beziehung – die „Gefährten-“ oder „Kameradschaftsehe“ - des bekannten Soziologen zu seiner Frau Marianne ins öffentliche Blickfeld gerückt.<sup>1</sup> Mittlerweile sind zwar einige Abhandlungen zur Bedeutung der bürgerlichen Frauenrechtlerin erschienen, noch immer aber steht sie eher im Schatten Max Webers und eine umfassende Arbeit zu ihrer Lebensgeschichte gibt es weiterhin nicht.<sup>2</sup> Wie in ihrer Geburts- und zeitweiligen Heimatstadt Oerlinghausen erwachte ein verstärktes Interesse an ihr überhaupt erst wieder zu Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Im September 1993 gründete ein Kreis um den Bielefelder Soziologen Richard Grathoff und die Historikerin Susanne Muesmann in Oerlinghausen das Marianne-Weber-Institut als gemeinnützigen Verein. Anlässlich des 100. Hochzeitstages des Ehepaares Weber am 20. September 1993 wurden das Institut und seine Arbeit öffentlich vorgestellt. Eine Ausstellung unter dem Titel „Marianne Weber – eine Frau aus Oerlinghausen“ war bereits seit Beginn des Monats im Bürgerhaus der Stadt zu sehen.<sup>3</sup> Inhalt der Ausstellung und die Intention zur Gründung des Institutes basierten auf einer zweijährigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, während derer Susanne Muesmann mit dem Aufbau eines Marianne-Weber-Archives betraut war.<sup>4</sup>

Bis dahin hatte man sich in ihrer Heimatstadt wenig mit ihr befasst. Natürlich wurden die Passagen ihrer „Lebenserinnerungen“<sup>5</sup>, die ihre eigenen Jahre in Oerlinghausen, die Hochzeit in der Bergstadt und die Studien des bedeutenden Soziologen in der Leinenweberei seines Onkels Carl Weber betrafen, gern zur Kenntnis genommen. Eine intensivere Beschäftigung wurde dadurch aber nicht ausgelöst, obwohl sicherlich einige Zeitzeugen Interessantes hätten beitragen können. Noch heute ist beispielsweise nicht eindeutig geklärt, ob Marianne Weber nach dem Zweiten Weltkrieg und vor ihrem Tod 1954 ihrer Geburtsstadt noch einmal einen Besuch abstattete.<sup>6</sup>

Dieser Beitrag soll an eine kleine Episode aus der Beziehung der Stadt Oerlinghausen zu ihrer berühmtesten Tochter erinnern. Ein Oerlinghauser, der sich Zeit seines Lebens für die berühmte Persönlichkeit aus der lippischen Bergstadt am Teutoburger Wald interessierte, war der ehemalige Bürgermeister August Reuter. Reuter übte das Amt von 1919 bis 1933 und 1945/46 aus. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wurde der für die bürgerliche Einheitsliste Antretende wegen seiner engen Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, die bei den Kommunalwahlen stets die Mehrheit erzielten, kurzerhand durch SA und „Hilfspolizei“ seines Amtes enthoben und durch einen Nationalsozialisten ersetzt.<sup>7</sup> Die Absetzung und die „Machtergreifung“ vereitelten letztlich auch ein Vorhaben, das Bürgermeister Reuter vorgeschlagen und der Stadtrat am 27. Januar 1933 beschlossen hatte: die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Marianne Weber zu ihrem 63. Geburtstag am 2. August des Jahres.<sup>8</sup>

---

<sup>1</sup> Joachim Radkau: Max Weber. Die Leidenschaft des Denkens. München 2005.

<sup>2</sup> Christa Krüger: Max und Marianne Weber. Tag- und Nachtansichten einer Ehe. Zürich 2001; sowie Bärbel Meurer (Hg.): Marianne Weber. Beiträge zu Werk und Person. Tübingen 2004.

<sup>3</sup> Lippische Landeszeitung vom 18.9.1993 und Westfalen-Blatt (Ausgabe Oerlinghausen) vom 16.9.1993.

<sup>4</sup> Neue Westfälische (Ausgabe Oerlinghausen) vom 20.8.1991.

<sup>5</sup> Marianne Weber: Lebenserinnerungen. Bremen 1948.

<sup>6</sup> Neue Westfälische (Ausgabe Oerlinghausen) vom 24.4.1992.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Uwe Gartenschlaeger/Jürgen Hartmann/Hans-Christoph Seidel: Eine rote Festung wird erobert. Der Nationalsozialismus in Oerlinghausen. Oerlinghausen 1986.

<sup>8</sup> Stadtarchiv Oerlinghausen, Protokolle des Stadtrates, Eintragung vom 27.1.1933.

Der Beschluss wurde seitens der gleichgeschalteten Stadtverordnetenversammlung und des rein nationalsozialistischen Magistrates nicht weiter verfolgt. Ein Grund mag vielleicht in der politischen Haltung des Ideengebers gelegen haben. Wichtiger scheint aber das Verhältnis der Nationalsozialisten zu Marianne Weber und umgekehrt gewesen zu sein. Wie also standen die neuen Machthaber zur bekannten Frauenrechtlerin und wie stand Marianne Weber zum Nationalsozialismus?

Als eine der maßgeblichen Figuren der bürgerlichen Frauenbewegung, die nicht den Weg in nationalsozialistische Organisationen gefunden hatte, war Marianne Weber den Nationalsozialisten eher eine suspektere Gestalt. Sie, die frühere badische Landtagsabgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), hatte sich nach dem Tod ihres Mannes im Juni 1920 für einige Jahre aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Der nahezu völlige Rückzug ins Private endete Mitte der Zwanziger Jahre mit der Gründung der Salongesellschaft Geister-Tee. Rund 70 Personen umfasste dieser Zirkel, der sich vierzehntägig zu Vorträgen und Diskussionen im Hause Marianne Webers in Heidelberg traf. Am politischen Leben der Weimarer Republik nahm sie nicht weiter teil.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten verharrte Marianne Weber in einer Mischung aus Abneigung und Reserviertheit. Zum politischen Geschehen hielt sie Abstand und suchte Trost im Reformchristentum.<sup>9</sup> Parteigänger der NSDAP lud sie allerdings nicht mehr zu ihren großzügigen Sonntagstees ein. Einige der Eingeladenen folgten wiederum den Einladungen aus Furcht, sich missliebiger zu machen, nicht mehr.<sup>10</sup> Vereinzelt unterstützte der Kreis jüdische Wissenschaftler und Freunde, von offener Auflehnung war er jedoch weit entfernt. Bis zu einem bestimmten Grad arrangierte sich Marianne Weber mit den Nationalsozialisten. In einem vermutlich 1935 verfassten Lebenslauf für die Reichskulturkammer machte sie sich die semantische Nähe von Friedrich Naumanns politischer Programmatik unter der Begrifflichkeit „national-sozial“ zunutze und stellte sich eher als unpolitisch dar: „In politischer Hinsicht stand ich Friedrich Naumanns Nationalsozialismus nah; jedoch war meine Natur weniger auf politische als auf ethisch-soziale Führung und Mitarbeit ausgerichtet.“<sup>11</sup> Dass Naumann überzeugter Demokrat war, blieb ihrerseits unerwähnt.

Tatsächlich wurde ihr Verhalten als nicht regimefeindlich eingestuft. So ließen die Behörden ihr ihre Publikationsmöglichkeiten. Marianne Weber nutzte sie. Für die von Gertrud Bäumer herausgegebene Monatschrift „Die Frau“ verfasste sie auch nach der Machtübernahme noch einige Artikel<sup>12</sup> und wenige Jahre später erschien ihr Buch „Die Frauen und die Liebe“.<sup>13</sup> Von der Reichsschrifttumskammer erhielt sie im Februar 1939 auch den Befreiungsschein für die Veröffentlichung ihres Werkes „Erfülltes Leben“, das aber erst nach dem Krieg 1946 erschien.<sup>14</sup> Die Sonntagstees in ihrem Haus in Heidelberg blieben auch über die Kriegsjahre „ein eingeschränkter Schutzraum liberalen Denkens, kein Ort des Widerstandes.“<sup>15</sup>

August Reuter, der von den Nationalsozialisten abgesetzte Bürgermeister, hatte die Jahre des NS-Regimes außerhalb Lippes überdauert. Mit dem Ende des Krieges wurde er von Oerlinghauser Bürgern in die Bergstadt zurückgeholt. Im Frühjahr 1949 nahm Reuter brieflichen Kontakt mit Marianne Weber in Heidelberg

---

<sup>9</sup> Margit Göttert: Gertrud Bäumer und Marianne Weber. Kampfgefährtinginnen im Bund Deutscher Frauenvereine; in: Bärbel Meurer (Hg.): Marianne Weber. Beiträge zu Werk und Person. Tübingen 2004, S. 127-153, hier: S. 150.

<sup>10</sup> Vgl. Christa Krüger: Max und Marianne Weber. Tag- und Nachtansichten einer Ehe. Zürich 2001. S. 224 f.

<sup>11</sup> Lebenslauf Marianne Webers für die Reichsschrifttumskammer bzw. den Reichsverband Deutscher Schriftsteller, ohne Datum (ca. 1935); in: Bundesarchiv, Bestand ehem. Berlin Document Center, Reichsschrifttumskammer zu Marianne Weber.

<sup>12</sup> Fragebogen zur Aufnahme in die Reichsschrifttumskammer, 7.12.1938; in: Bundesarchiv, Bestand ehem. Berlin Document Center, Reichsschrifttumskammer zu Marianne Weber.

<sup>13</sup> Marianne Weber: Die Frauen und die Liebe. Leipzig 1935.

<sup>14</sup> Befreiungsschein Nr. 1316/1/4, 22.2.1939; in: Bundesarchiv, Bestand ehem. Berlin Document Center, Reichsschrifttumskammer zu Marianne Weber. Marianne Weber: Erfülltes Leben. Heidelberg 1946.

<sup>15</sup> Christa Krüger, S. 225.

auf. Er hatte ihre „Lebenserinnerungen“<sup>16</sup> gelesen und war von den Passagen, die die Bergstadt betrafen, berührt. Die Antwort der mittlerweile 78-jährigen Marianne Weber auf seinen ersten Brief vom März 1949 ist in Reuters Nachlass im Staatsarchiv Detmold erhalten:

„Hochgeehrter Herr Reuter!

Sie haben mir durch Ihren lieben Briefe eine große Freude gemacht. Ich danke Ihnen dafür herzlich. Jeder derartige Widerhall tut wohl. Dass es in Oerlinghausen noch Menschen gibt, die sich meiner erinnern, hätte ich nicht gedacht. O, wie gerne würde ich noch einmal per Flugzeug kommen und das Städtchen wiedersehen (es wird verändert sein inzwischen). Aber bei meinem hohen Alter und meiner Altersschwäche wird es kaum dazu kommen. Das ist sehr schade; denn durch meine Arbeit an den ‚Lebenserinnerungen‘ kam mir Oerlinghausen wieder sehr nahe. Ich freue mich so, dass meine Erinnerungen Ihnen gefallen. Zu meiner dortigen Familie habe ich momentan leider kaum Beziehungen; es ist schmerzlich, dass man sich so auseinanderlebt. [...] Sie möchten ein Bild von mir haben. Ich habe z.Zt. nur ein ziemlich grausliches Altersbild und ein junges Bild mit Max Weber, leider schon ein wenig verblasst, zur Verfügung. Vielleicht werden Ihnen diese beiden Fotos immerhin etwas geben. Wenn Sie Zeit haben, so lesen Sie doch auch mal mein ‚Lebensbild Max Webers‘. Ich weiß zwar nicht, ob es jetzt zu haben ist; es kommt in die zweite Auflage. [...] Ich glaube, Sie würden Freude daran haben. Nun grüße ich Sie von Herzen als Ihre Marianne Weber.“<sup>17</sup>



*Marianne Weber, 1903  
(Kopie im Besitz des Verfassers)*

Die Korrespondenz brach nach einem weiteren Brief Reuters offenbar ab. Und auch die Reise in ihre Heimatstadt Oerlinghausen scheint die hochbetagte Frauenrechtlerin nicht mehr angetreten zu haben. Ein Anlass hätte die Umsetzung von Reuters Vorhaben der Verleihung der Ehrenbürgerschaft sein können, das aber in Vergessenheit geraten war. Beinahe auf den Tag genau fünf Jahre nach ihrem Brief an August Reuter verstarb sie in Heidelberg. Zur Trauerfeier waren auch zwei Schülerinnen der Marianne-Weber-Schule aus Lemgo angereist, um vor dem Sarg ihrem Vorbild zu danken.<sup>18</sup> Unbekannt ist, ob auch Gäste aus Oerlinghausen von ihr Abschied nahmen.

---

<sup>16</sup> Marianne Weber: Lebenserinnerungen. Bremen 1948.

<sup>17</sup> Marianne Weber an August Reuter, 15.3.1949; in: Staatsarchiv Detmold D 72 Reuter Nr. 10.

<sup>18</sup> Rhein-Neckar-Zeitung vom 19.3.1954; zitiert nach: Bärbel Meurer (Hg.): Marianne Weber. Beiträge zu Werk und Person. Tübingen 2004, S. 268.

### Ein Gedenkbuch für die Opfer des NS-Regimes aus ganz Lippe?

Gudrun Mitschke-Buchholz hat zu Recht auf Schwierigkeiten und Tendenzen im Umgang mit dem Gedenken an die Opfer des Holocaust' hingewiesen. Ihr Beitrag regt zu Auseinandersetzungen an. Das trifft vor allem auf ihre Aussage „Umso dringlicher ist ein Gedenkbuch für die Opfer aus ganz Lippe. Dieses Buch steht noch immer aus“ zu. Die Diskussion darüber soll mit zwei unterschiedlichen Betrachtungen der Rosenland-Herausgeber Jürgen Hartmann und Andreas Ruppert angestoßen werden.

#### Wir brauchen kein klassisches Gedenkbuch mehr

von Jürgen Hartmann

Ich möchte es kurz sagen und damit die Diskussion eröffnen: Wir brauchen kein klassisches Gedenkbuch mehr!

Was soll ein Gedenkbuch? Nicht nur diese Frage gilt es zu beantworten, sondern auch folgende: Wessen soll gedacht werden? Wie definieren wir „Opfer“? Sind Opfer allein diejenigen, die direkt durch die NS-Verfolgung, sei es in Lagern oder Hinrichtungsstätten des Terrorregimes, ums Leben gekommen sind – also ausschließlich Todesopfer? Oder sind Opfer nicht auch „Überlebende“ der Konzentrations- und Vernichtungslager oder Emigranten, die ihre Heimat und ihr bisheriges Leben aufgeben mussten und unter widrigen Bedingungen ein neues aufbauten? Sind Opfer auch diejenigen, die durch Flucht bzw. Emigration in eine tödliche Falle geraten sind – wie Kommunisten, die in der Sowjetunion während der Stalin'schen Säuberungen oder wie Emigranten, die in Fernost beim Einmarsch japanischer Truppen oder anderswo während Kriegshandlungen ihr Leben ließen? Was ist mit jenen, die während der zwölf Jahre wiederholt in „Schutzhaft“ saßen, aus dem Beruf entlassen wurden? Waren sie nicht auch Opfer?

Ein Gedenkbuch ist mehr als ein Buch des Gedenkens an die Toten. Ich plädiere deshalb für einen weiter gefassten Opferbegriff. Ein solches Gedenkbuch verdeutlicht plastisch das Ausmaß des nationalsozialistischen Terrors. Nicht zu leugnen ist: Schwierigkeiten birgt der weit gefasste Opferbegriff ebenfalls. Wie ist beispielsweise mit abtrünnigen Parteigängern der NSDAP umzugehen, die auch Repressalien ausgesetzt waren. Wenn wir allein das Beispiel des ehemaligen Bezirksleiters der NSDAP in Lippe, Bruno Fricke, wählen, wird deutlich, welche Problematik auftritt. Fricke, der übrigens auch in einem Lexikon des Widerstandes angeführt wird, war Gefolgsmann von Otto Strasser und ab 1932/33 Angehöriger der Schwarzen Front. Die Nationalsozialisten planten ihn als politischen Gegner Ende der 30er Jahre aus seinem Fluchtland Argentinien zu entführen und zur Rechenschaft zu ziehen. Fricke selbst war nicht nur überzeugter Antisemit, sondern auch in politische Attentate verwickelt. War Fricke ein Opfer?

Schafft ein Gedenkbuch mit einem weit gefassten Opferbegriff mehr Klarheit, wenn durch Opfergruppen bzw. –kategorien eine Trennschärfe gesetzt wird? Diese Fragen sollten vor Erstellung eines Gedenkbuches geklärt werden. Geklärt werden sollten aber auch diese beiden eng miteinander verbundenen Fragen: Welche Zielgruppe und welche Form soll dieses Werk haben?

Als „klassisches“ Gedenkbuch verstehe ich das Gedenkbuch in Printform. Irgendwann liegt es vor, das Werk zwischen zwei Buchdeckeln und erweckt – trotz standardmäßiger anderslautender Bemerkungen im

Vorwort - den Eindruck: Alles erforscht, Arbeit abgeschlossen. Kommunale Herausgeber oder auch Politiker dokumentieren damit auch: Wir haben nun unsere Hausaufgaben erledigt – oder sollte man sagen: eine „gefühlte“ Schuldigkeit getan?

Naturgemäß gibt es in jedem Gedenkbuch „weiße Flecken“. So fehlen Personen, werden nicht zutreffende Angaben aufgeführt – es wird also nur der derzeitige Forschungsstand gespiegelt. Ich plädiere für ein „unfertiges“, aber wachsendes Gedenkbuch, also eines, das fortwährend ergänzt werden kann. Was bietet sich da mehr an als das Medium Internet?! Eine Datenbank oder eine Art der Enzyklopädie im World Wide Web hat gegenüber einer starren Printversion zahlreiche Vorteile.

Der Verbreitungsgrad ist in vielerlei Hinsicht größer als mit einer Printversion. Mit einer solchen Datenbank erreichen wir Menschen in allen Teilen der Welt, die nicht nur als Nutzer zugreifen können, sondern durchaus die Möglichkeit besitzen, ihr Wissen einfließen zu lassen. Dieser dynamische Prozess animiert sicherlich auch eine Zielgruppe, die mit der Printform seltener erreicht wird: die der Schülerinnen und Schüler, der Jugend also. Sie können mitwirken! Es findet eine aktive Auseinandersetzung statt. Nicht zu unterschätzende Vorteile auch: der Zugriff ist kostenlos und das Internet bietet gleichzeitig Möglichkeiten der Vernetzung (auch die Kontaktaufnahme mit Angehörigen weltweit) und des inhaltlichen Austauschs.

Wir brauchen einen laufenden Prozess! Diese Datenbank, die mit vielen Fotos und Dokumenten ergänzt werden kann, ist meines Erachtens eine adäquate und moderne Form des Gedenkens. Die Erkenntnis resultiert aus eigenen Erfahrungen der vergangenen 20 Jahre, die ich während einer mal mehr, mal weniger intensiven Beschäftigung mit jüdischer Geschichte und der Geschichte des Widerstandes in Lippe machen konnte. Gudrun Mitschke-Buchholz sagt richtig: der mit einem Gedenkbuch verknüpfte Aufwand und die damit verbundenen Schwierigkeiten sind groß. Aber in den vergangenen 15 Jahren sind neue Chancen hinzu gekommen durch die Öffnung der Archive in Osteuropa, durch die Möglichkeiten der Recherche im Internet (Kontaktaufnahme mit Angehörigen, die sich über Genealogieseiten ausfindig machen ließen, oder der bessere Zugriff auf Daten beispielsweise von Yad Vashem).

Ein neues Gedenkbuch gehört ins Internet - als ein Projekt, das fortwährend ergänzt werden kann. Es braucht nicht viel: eine entsprechende Software (open-source wie mediawiki), eine Institution, an die das Projekt angebunden werden kann und erste aktive Mitstreiter.

### **Auf ein Gedenkbuch darf nicht verzichtet werden**

von Andreas Ruppert

Das Medium Internet bietet viele Vorteile – Materialien sind leichter einzustellen, sind leichter erreichbar, können durch Mitteilungen und Hinweise aus der ganzen Welt ergänzt werden. Außerdem ist es ein Medium, das genutzt wird, vor allem von jungen Menschen, die z. B. im Stadtarchiv Detmold anrufen, weil sie eine Auskunft benötigen, und einleitend betonen, dass sie im Internet leider noch nichts gefunden hätten. So weit, so gut – dass einem das Internet aber oft das Füllhorn der Information auch nur vorgaukelt und einem beim Ausschütten des vermeintlichen Füllhorns viel Unsinn, Überflüssiges, Nicht Gewolltes und Falsches vor Augen kommt, sei dabei nur am Rande erwähnt. Es zeigt immerhin eine gewisse Beliebigkeit der Information. Alles scheint gleich wichtig oder unwichtig zu sein.

Unabhängig von dieser Einschätzung der Möglichkeiten des Internets bestehe ich aber darauf, dass an die Opfer des Nationalsozialismus auch in materialisierter Form erinnert werden muss. Wir leben in einer Jahrtausende alten Tradition, in der es zum festen Glauben gehört, dass alles, was geschieht, auch aufgeschrieben sei. Ich erinnere an die jüdische Legende, nach der in der Nacht vom Yom Kippur, dem Versöhnungstag, die Namen derjenigen Gemeindemitglieder aufgerufen werden, die im nächsten Jahr sterben müssen. Ich erinnere an die christliche Überzeugung von einem Jüngsten Gericht, in dem die im Buch aufgezeichneten Taten jedes Einzelnen gewürdigt werden. Das geschriebene Wort ist das Symbol für die Erinnerung.

Die Namen der jüdischen Märtyrer des Mittelalters wurden in Memorbüchern aufbewahrt. Ihre Leben wurden vernichtet, aber ihre Spuren sind geblieben. Als Zeichen dafür, dass sie einmal gelebt haben, und als Zeichen dafür, dass unsere Geschichte nicht romantisch und nicht vom „Wahren, Schönen, Guten“ geprägt ist. Als Zeichen zum Gedenken und zur Mahnung, was in unserer Gesellschaft möglich ist. Denn die Normen und Werte des christlichen Mittelalters, in dem ganze jüdische Gemeinden ausgelöscht wurden, sind nicht so verschieden von denen der modernen Gesellschaft, aus der Täter kamen und in die Täter problemlos zurückkehrten, die Millionen Menschen ermordet hatten.

Wir sind es auch den Ermordeten unserer Zeit schuldig, dass ihre Namen nicht vergessen werden, und dazu reicht das flüchtige Medium Internet nicht aus. Tatsächlich gehören die Namen in Stein gehauen oder in Erz gegossen, wie es beispielhaft vor dem Bielefelder Hauptbahnhof zu sehen ist. In Lippe müssen wir uns aber realistischerweise mit einem Buch begnügen, das immerhin auch die Möglichkeit weiterer Information bietet: biographische Details und sogar Fotografien der Opfer. Das hindert niemanden daran, zu einzelnen Biographien weiter zu forschen und dazu auch das Internet zu nutzen.

Über die Wirkmächtigkeit eines solchen zeitgenössischen Buches brauchen wir uns keine allzu großen Illusionen zu machen. Wir erleben etwa, dass in Detmold Menschen etwas zur Erinnerung an die ehemaligen jüdischen Bürgerinnen und Bürger tun wollen und – vom Gedenkbuch, das Gudrun Mitschke-Buchholz erarbeitet hat<sup>1</sup>, nie etwas gehört haben. Man zweifelt, wie so oft, am Sinn der eigenen Arbeit. Aber dann erlebt man auch wieder Schülerinnen und Schüler, die sich aus der Namenstafel an der Gedenkstätte Alte Synagoge und aus dem Gedenkbuch *einen* Namen gemerkt haben und den nie wieder vergessen werden. Das aber war nur möglich, weil der Name nicht ein Schriftzeichen auf einem Bildschirm war, sondern materiell festgehalten, auf einer Tafel und in einem Buch.

Insofern bleibt die Forderung nach einem Gedenkbuch für die lippischen NS-Opfer, worauf Gudrun Mitschke-Buchholz hinzielte, unverändert bestehen. Die Forderung wird seit einigen Jahren immer wieder erhoben. Sie trifft in der Regel nicht auf Ablehnung, aber doch auf nur geringes Interesse oder sogar auf Desinteresse. Das zeigt sich, wenn es um die finanzielle Basis geht – es gibt, mit anderen Worten, kein Geld. Und so passiert dann auch nichts. Ein solches Gedenkbuch erfordert aber Arbeit, und zwar viel Arbeit. Es reicht nicht, wie es an manchen lippischen Orten versucht wurde, die schon vorliegenden Bestände von Forschern wie Jürgen Hartmann anzuzapfen, man muss auch selbst das Feld pflügen und vor Ort die Namen und Biographien der Ermordeten aufspüren. Es verlangt Mühe, und Arbeit muss bezahlt werden. Die Erstellung eines Gedenkbuchs ist keine Sache für das heute gern gefeierte, weil Mittel sparende „Ehrenamt“.

Eine ganz andere Frage ist die nach der Definition der Opfer. Nun ist es aber nicht so, dass diese Diskussion bei der Erstellung des Detmolder Gedenkbuches nicht geführt worden wäre. Im Gegenteil war das eine ganz entscheidende, am Anfang der Arbeit von Gudrun Mitschke-Buchholz gestellte und gelöste Frage. In

---

<sup>1</sup> Gudrun Mitschke-Buchholz: Gedenkbuch für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Detmold. Bielefeld 2001.

der Einleitung ihres Buches nimmt sie darauf Bezug. Als Opfer wurde definiert, wer durch die Einwirkung nationalsozialistischer Macht ums Leben gekommen ist. Für Detmold hat diese Definition ausgereicht, da es Opfer, die selbst zum Täterkreis der NSDAP gehörten, hier nicht gab. Wohl gab es einen Menschen, der als mehrfach Vorbestrafter keinerlei Sympathien verdient, dem aber durch die Überstellung in ein Konzentrationslager, das er nicht überlebte, ebenfalls Unrecht geschah und der deshalb ein Opfer ist.

Problematisch war in Detmold eher der Fall eines Mannes, dessen Name nicht ins Gedenkbuch aufgenommen wurde. Er wollte den Angriffs- und Vernichtungskrieg nicht mehr mittragen und wurde deshalb nach Standgerichtsurteil erschossen. Seine Familie, die offensichtlich bis heute an die Rechtmäßigkeit des Krieges und die „saubere“ Wehrmacht glaubt, empfindet sein Handeln als Schande und lehnt die Aufnahme ins Gedenkbuch ab. Hier muss die Frage diskutiert werden, ob und warum wir uns solchen Vorgaben beugen sollen. Ich finde, dass wir uns nicht beugen sollten.

Um es zusammenzufassen:

Die Problematik der Definition der Opfer ist bekannt, die Diskussion wird immer wieder neu geführt werden müssen.

Die Namen der Ermordeten müssen bewahrt werden, in Schriftform und materiell in einem Buch.

Das Internet kann darüber hinaus auch genutzt werden, kann aber ein Gedenkbuch in der materialisierten Form nicht ersetzen.



## Rezensionen

***Hertha Koenig: Die lippische Rose. Pendragon, Bielefeld 2003, 2. Aufl. 2004 – 140 S., 12,80 €.***

„Junius. Den 6ten sind Ihre Czarische Maj. Petrus Alexewitz, der erste Kayser von Russland, zu Pymont angekommen und haben sich der Brunnen-Cur 17 Tage bedienet und sind den 26. Jun. wieder abgereiset. Den 24ten haben Ihre Hochgräffl. Gnd. Friedrich Adolph, regierender Graff und Edler Herr zur Lippe, Se. Czarische Maj. Petrum I. sehr magnific zu Pymont tractiret und Se. Maj. nebst vielen andern Fürsten, Grafen und Herren mit einem herrlichen und solennen Frey-Schießen divertiret, da Ihre Czarische Maj. den besten Schuß gehabt.“<sup>1</sup>

Mit diesen dürren Worten vermerkt der Amtmann Johann Henrich Küster in seinem Diarium Lippiacum den Höhepunkt der Regierung des Grafen Friedrich Adolph im Jahre 1716. War es doch der Zar, der ihm bei dieser Gelegenheit sagte: „Euer Liebden sind zu groß für dieses kleine Land“. So fiel ein wenig vom Glanz des Herrschers aller Reußen auch auf den lippischen Grafen, und ein wenig vom Glanz des Grafen auch auf sein Land – war nicht auch Lippe größer als es schien? Entstand nicht hier der Wunsch, etwas Besonderes zu sein, über die anderen Duodezstaaten hinauszuwachsen, wie er dann zum bis heute gepflegten Mythos wurde – vom scheinbaren Lob des Zaren über die Verehrung der Fürstin Pauline, deren angestrahnte Büste auf die Besucher des Staatsarchivs Detmold herabblickt, bis zum Anspruch, neben dem Rheinland und Westfalen der dritte Landesteil Nordrhein-Westfalens zu sein? Ach, wenn der Zar doch wirklich Lippe besucht hätte, statt nur um die Gestellung von Pferden nachzusuchen ...<sup>2</sup>



*Brunnenstraße in Bad Pyrmont,  
Aufnahme Ruppert, 2006*

Die Begegnung stellt auch einen der drei Höhepunkte im Roman „Die lippische Rose“ dar, den der Bielefelder Pendragon-Verlag aus dem Nachlass von Hertha Koenig (1884-1976) veröffentlicht hat und der inzwischen in zweiter Auflage vorliegt. Der Verlag hat sich dieser Autorin angenommen, die als Lyrikerin und Erzählerin, als Gastgeberin und Gesprächspartnerin von Künstlern und Literaten und als Kunstsammlerin in den Jahren um den Ersten Weltkrieg bekannt wurde, nach dem Zweiten Weltkrieg aber zurückgezogen auf dem ererbten Gut Böckel am Fuße des Wiehengebirges lebte.

Sie muss die ostwestfälische Landschaft geliebt haben. Wie anders wäre ihre unprätentiös schöne Schilderung anlässlich einer nächtlichen Kutschfahrt von Detmold nach Herford denkbar, die ohne völkische Verklärung und ohne das Dämonische eines Erlkönigs auskommt: „Aus den Wiesen hoben sich schleiernde Nebel und zogen in einiger Höhe über die Felder hin ... Über ihnen stand klar und ernst die laue Sommernacht. Was im verhängten Trab nicht wahrnehmbar gewesen, trat nun deutlich hervor. Geisterhaft schoben sich die Umriss der alten Eichen ineinander, die hinter den niedrigen weißen Mauern schützend die verstreuten Gehöfte umstanden. Das Schwarz-Weiß ihres Fachwerks schimmerte zwischen den Stämmen hindurch. Einzelne Bäume, Zauberern gleich, die Vergangenes, Unverwirklichtes aus dem grünen Dunkel auftauchen ließen, das nie mehr leibhaftig geschaut werden darf; weil man sonst nicht mehr aus dem Bann loskommen könnte ...“

<sup>1</sup> Fritz Verdenhalven u. Hanns-Peter Fink: Das Diarium Lippiacum des Amtmanns Anton Henrich Küster. Detmold 1998, S. 85.

<sup>2</sup> Ragna Boden: Der Zar in Lippe? Ein Brief Peters des Großen an den Grafen Friedrich Adolf zur Lippe aus dem Jahr 1717. Edition und Kommentar, in: Lippische Mitteilungen 74 (2005), S. 211-218.

Hier ist dann auch der Wunsch entstanden, die Region in eine historische Erzählung einzubinden: „Die lippische Rose“, mit den Eckpunkten Detmold, Herford und Pyrmont. Sie konzentriert sich auf die Jahre 1715 bis 1729, in der nach Erich Kittel „die absolutistischen Bestrebungen in Lippe kulminierten, aber auch sehr schnell ihre Grenzen fanden.“<sup>3</sup> Der lippische Graf Friedrich Adolph steht anfangs im Mittelpunkt. Er hatte West- und Südeuropa bereist und wollte die dort gesehene Pracht des Ancien Régime auch in seiner Residenz Detmold entfalten. Vor dem Hornschen Tor war die Neustadt entstanden, daran anschließend das Schloss Favorite (im Kern das Gebäude der heutigen Musikakademie), zuletzt die Gärten und Gebäude der Anlage Friedrichstal, alles verbunden durch einen von holländischen Spezialisten gebauten Kanal, auf dem die zu rauschenden Festen geladenen Gäste in Gondeln an der neuen Pracht vorbeiglitten und am Ziel ihre Schicksale in den Statuen der Glücksgöttin und des Todes gespiegelt sahen.

Geladen zu den Festen war auch die Vorsteherin des reichsunmittelbaren Stifts Herford, die Fürstäbtissin Charlotte Sophie, Herzogin von Livland, Kurland und Semgallen – aber die wichtigeren Protagonisten hinter dem Grafen und der Äbtissin werden im Laufe der Erzählung beider Nachfolger, Simon Henrich in Detmold und Johanna Charlotte, Markgräfin von Brandenburg-Schwedt, in Herford. Beim ersten Fest der Erzählung, im Sommer 1715, leuchtet die lippische Rose nicht nur am Bug der Gondeln, sondern auch in einem Strauch, von dem Friedrich Adolph der Markgräfin eine Blüte brach. Sie schenkte sie dann dem traurigen und eifersüchtigen Simon Henrich, als Eingeständnis einer zarten, inneren, sich nie nach außen manifestierenden Liebe, die beide ein Leben lang begleiten wird. Weitere Feste werden gefeiert, man besucht sich, man putzt sich heraus, man spielt auf der Bühne die Rollen einer Elite, deren Zeit abgelaufen war. Gleichzeitig ist das Gemälde ohne Arroganz gegenüber denen gezeichnet, die dies alles bezahlen mussten: den einfachen Bewohner des Landes. Ihr Unmut wird an einer Stelle durch einen Hofbesitzer vorgetragen, aber der volkstümliche Topos, dass alles Schlechte den Ministern und Räten anzulasten sei, während Durchlaucht davon nichts wisse, lässt nur das Murren zu und führt nicht zur Rebellion, nicht in der Wirklichkeit und nicht im Roman.

Und doch bleibt auch das ostwestfälisch-lippische Idyll nicht unberührt von Größerem: Durch den Hofklatsch einerseits, durch persönliche Kenntnisse der Äbtissin andererseits liegt der Schattens des Zaren Peter auch auf Lippe. Peter hatte Schweden besiegt, eine neue, westliche Hauptstadt in die Sümpfe gesetzt und sein Land auf den Weg zur europäischen Großmacht gebracht. Es sollte seitdem kein Weg mehr an Russland vorbei führen. Der Schatten beunruhigte aber weniger wegen der Macht, zu weit lag Lippe entfernt, als wegen der drohenden Auflösung überkommener Strukturen – wurde doch heftig diskutiert, dass der Zar eine nicht Ebenbürtige geheiratet hatte. Die Äbtissin bemerkte solche „Anzeichen einer neuanbrechenden Zeit, die bald ein Ende machen würde mit so vielen Vorurteilen und Standesunterschieden; die der Tüchtigkeit den Weg öffnete, ohne Ansehen der Geburt.“<sup>4</sup> Nun, es war mehr ein Appell zur Reform an den Adel. Noch war seine Stellung nicht gefährdet, sie sollte sich in Lippe noch zweihundert Jahre halten.

Bedrohlich erschien die neue Zeit auch wegen des völligen Desinteresses des Grafen am Wohlstand seines Landes, soweit er über die Folgen für seine Privatschatulle hinaus ging. Von der Idee des „höchsten Dieners“ seines Landes ist Friedrich Adolph in Detmold so weit entfernt wie die Könige in Versailles – Prunk, Ruhm und Genuss gehen ihm über alles, selbst der ökonomische Ruin des Landes wird dafür in Kauf genommen. Es gehört zur Meisterschaft der Autorin, dass sie dieses Moment in einer dramatisch zugespitzten und zugleich außerordentlichen witzigen Szene schildert, dem zweiten Höhepunkt der Erzählung, eben jenem eingangs zitierten Fest, das der lippische Graf für den Zaren in Pyrmont ausrichtete und das katastrophal zu enden drohte.

---

<sup>3</sup> Erich Kittel: Heimatchronik des Kreises Lippe. 2. Aufl. Köln 1978, S. 146.

<sup>4</sup> Koenig, S. 43.

Aber die überraschende Rettung aus jener selbstverschuldeten Bredouille bedeutet noch nicht die Sanierung des Landes. Auch Simon Henrich, der seinem Vater 1718 folgte, ändert nichts an seiner katastrophalen Lage, sondern blieb auf der eingeschlagenen Bahn. Den Wendepunkt – und dritten Höhepunkt der Erzählung – bringt seine erneute Begegnung mit der Markgräfin Johanna Charlotte, die inzwischen zur Äbtissin in Herford bestimmt, aber noch nicht inthronisiert war. Simon Henrich richtete ihr zu Ehren im Oktober 1729 im Detmolder Schloss und in Friedrichstal ein weiteres glänzendes Fest aus. Unter der Bedingung der Jahre zuvor gewonnenen Vertrautheit las die Herforder Äbtissin in einem ruhigen Moment dem Lipper die Leviten und öffnete ihm die Augen über den Zustand des ausgebluteten Landes. Tatsächlich geschieht das Märchenhafte, aber auch Schöne: Die verdeckte und unerfüllbare Liebe wandelt sich in Freundschaft, der Rat wird angenommen. Die Vertrautheit wird nicht verloren, sondern in einem Geschenk des Grafen bestätigt: Einer Tasse aus Meißener Porzellan mit der roten Rose ...

In der gleichen Nacht brennt die Anlage Friedrichstal bis auf die Grundmauern nieder. Das feudale Fest ist zu Ende, das bürgerliche Zeitalter zieht herauf. Auch die Statuen der Fortuna und des Todes gehen in jener Nacht unter. Das bürgerliche Ideal des „*sum cuique*“ setzt auf die modernen Tugenden des Gewerbetauges, der Sparsamkeit und der Verantwortung für das Gesamtwohl, nicht mehr auf das Füllhorn des Glücks. Und das Bild des Todes, der doch den Menschen des alten Europa stets gegenwärtig war, sollte in der neuen Epoche ebenso verdrängt werden, wie die Kirchhöfe aus den Städten hinausgedrängt wurden. Die Frage, wozu man in dieser neuen Zeit noch Grafen, Fürsten, Zaren und Äbtissinnen brauche, wurde in Lippe aber erst 1848 ernsthaft gestellt und 70 Jahre später beantwortet, verspätet wie so vieles in diesem verspäteten Lande. 1729 wäre sie allerdings anachronistisch gewesen, die Autorin brauchte sie nicht zu stellen.

Hertha Koenigs Ziel war nicht historische Aufklärung, sondern ein lesenswertes belletristisches Werk. Und doch berührt sie auch eine wichtige Diskussion in der Geschichtswissenschaft: Die um die Spannung zwischen Analyse und Erzählung, um das Verhältnis von Wissenschaft und Literatur. Belletristik und Geschichtswissenschaft sind sich manchmal sehr nah und zeigen dann wieder die größte Distanz. Dabei bewegen sich Historiker in ihrem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit auf schwankendem Grund, man möchte sie immer wieder an Kafkas Memento erinnern: „Wer könnte allein, und wäre es der größte Arbeiter, alle Beziehungen auch nur des kleinsten Vorfalles auf seinem Schreibtisch zusammenhalten?“<sup>5</sup> Manchmal aber geben sie schon selbst den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und Aufklärung auf, wenn der schöne Schein eine Eigendynamik entfaltet und den Historiker ebenso manipuliert wie dieser seine Geschichte. Angesichts dieser Begrenztheit der Möglichkeit von Annäherung an historische Wahrheit und der Freiheit der Darstellung auch geschichtswissenschaftlicher Werke muss man bereit sein anzuerkennen, dass auch der Belletristik gelingen kann, was unser eigenes Ziel ist: Im Gemälde einer historischen Epoche dem nahe zu kommen, „wie es eigentlich gewesen“, dass also im belletristischen Bild viel Wahrheit aufscheinen kann, die mit unserer wissenschaftlich gewonnenen übereinstimmt.

So malt denn auch Hertha König in ihrem Roman das Bild einer Epoche des kleinen Landes, das unabhängig von der Authentizität der Handlungen im Detail einen richtigen Spiegel der Stimmungen und Verhältnisse wiedergibt. Die Daten des historischen Rahmens stimmen, sie ergaben sich aus dem Quellenstudium im Staatsarchiv Detmold – der Benutzungsantrag der Autorin aus dem Sommer 1956 ist erhalten –, ihre Schilderung des Festes und des Brandes im Oktober 1729 etwa ist eng an die im damals noch unveröffentlichten Diarium des Amtmanns Küster angelehnt<sup>6</sup>. Gleichzeitig schwingen immer Elemente ihrer eigenen Gegenwart mit, auch hier eine Parallele zwischen belletristischer und wissenschaftlicher Literatur – bricht

---

<sup>5</sup> Franz Kafka: Das Schloss. Frankfurt 1999, S. 322.

<sup>6</sup> Verdenhalven, S. 126 ff.

doch auch der Historiker zu seiner Arbeit wie zur Reise in ein fremdes Land auf, ohne dabei jedoch seine eigene Herkunft und sein eigenes Reisegepäck dabei zu verlieren.<sup>7</sup> Beide, Wissenschaftler und Literaten, kehren bereichert aus der Fremde zurück und finden ihre eigene Gegenwart im Fremden gespiegelt. So wie einst der Schatten des petrinesischen lag in Hertha Koenigs bundesrepublikanischer Gegenwart der des sowjetischen Russland über Westeuropa, und das Lob der bürgerlichen „Tüchtigkeit“ gilt auch der eigenen Familie, war es doch der Großvater, der seine unternehmerische Chance im 19. Jahrhundert in Russland genutzt und den Reichtum der Familie begründet hatte. Auch diese Epoche aber war zu Ende gegangen wie das Ancien Régime, und Gut Böckel war nur noch eine Erinnerung an die großbürgerliche Herrlichkeit Europas vor dem Ersten Weltkrieg. In doppelter Hinsicht sind also Hertha Koenigs Aussagen zeitgemäß, verhaltene Aufbruchsstimmung mit gleichzeitiger verhaltener Elegie, ohne Anklage und ohne die gewaltsamen Eruptionen, die solche gesellschaftlichen Veränderungen begleiten.



*Hertha Koenig*  
(© Copyright by Pendragon Verlag 2006)

Hertha Koenigs Sprache und ihre Gestaltungskraft in der Erzählung aus dem alten Lippe sind so, dass man mehr von ihr lesen möchte: von ihrer Familie („Der Fährtschreiber von Libau“), über ihre Freundschaft mit Rilke („Erinnerungen an Rilke“), über ihre Aufgeschlossenheit der Moderne gegenüber, wie sie ihre Ankäufe von Gemälden Picassos erweisen, ihre Furchtlosigkeit (im Einsatz als Krankenschwester im Weltkrieg), ihren Blick auf die ostwestfälische Heimat. Und so ist denn dieser Roman über Lippe auch der Zugang zu einer Schriftstellerin, die nicht im Zentrum des Interesses stand, die in den schönen Ausgaben des Pendragonverlags wiederzuentdecken aber unbedingt lohnt.<sup>8</sup>

Hertha Koenig schreibt „sine ira et studio“. Kritisches wird ohne Gehässigkeit geäußert, Liebenswertes ohne Kitsch geschildert, Möglichkeiten und Grenzen menschlichen Handelns werden ohne Pathos vorgetragen. Selbst Graf Friedrich Adolph wird in seiner dunkelsten Stunde mit Witz und Ironie, aber ohne Häme gezeichnet, er bleibt als Mensch erkennbar. Tatsächlich warf jene hellste Stunde in Pyrmont, die Küster „magnific“ nannte, auch den schwärzesten Schatten, und nicht der Graf selbst war es, der den unvermeidlich erscheinenden Ruin des Landes abgewehrt hatte:

„Wenn nicht gerade jetzt der Zar etwas gesagt hätte – etwas ganz Besiegendes – etwas, wodurch alles andere versinken musste: „Euer Liebden sind zu groß für dieses kleine Land.“ Da kam wieder das unvergleichliche Gefühl über Friedrich Adolph wie zu Beginn des Festmahls – dieses Gefühl einer noch nie empfundenen Größe, das nach einem Spiegel verlangte. Und dann, von Friedrich Adolph weder bestellt noch vorgesehen – Wodka. Und wieder: Prosit! Prosit! Er merkte noch, wie von den Fürsten und Grafen einer nach dem anderen vom Stuhle glitt, und hörte, dass Zar Peter unbändig lachte. Wie es dann weiterging, wusste er nicht. Als er einmal kurz zu sich gekommen war, da hatte auch er auf dem Boden gelegen und sich hilflos umgesehen ... Kein Zar Peter mehr da.“<sup>9</sup>

Wenige Tage später sollte der lippische Regierungspräsident Piderit die Pyrmonter Zeche begleichen: „Mit düsterem Gesicht fuhr Piderit am nächsten Tag nach Pyrmont. Dem Ruin entgegen. Als er zurückgekehrt

<sup>7</sup> Dies ist ein zentrales Motiv in Siegfried Kracauers postum veröffentlichter geschichtstheoretischer Abhandlung: *Geschichte – Vor den letzten Dingen*. Frankfurt 1973.

<sup>8</sup> S. [www.hertha-koenig.de](http://www.hertha-koenig.de).

<sup>9</sup> Koenig, S. 65.

war und zum Rapport vor seinem Herrn erschien, lag ein verschönendes Lächeln auf seinen Zügen: Der maître d'hôtel, wegen der Kosten befragt, habe mit einer artigen Verbeugung erwidert: „Alles von Seiner Kaiserlichen Majestät beglichen.“<sup>10</sup>

Andreas Ruppert

***Stefan Wiesekopsieker: Hoffmann´s Stärkefabriken in Salzuflen – Unternehmer, Belegschaft und betriebliche Sozialpolitik 1850 - 1914, 676 S., 100 s/w Abb., 50 Tab., erschienen als Bd. 21 der Lippischen Studien, Institut für Lippische Landeskunde, Lemgo 2005, 26,80 €.***

1985 übernahm das englische Unternehmen Reckitt & Colman die Aktienmehrheit bei „Hoffmann´s Stärkefabriken“, 1990 wurde die Produktion am Standort Bad Salzuflen eingestellt, und 1993 erfolgte die Namensänderung in Reckitt & Colman Deutschland AG sowie die Verlagerung des Firmensitzes nach Hamburg – damit endete nach rund 150 Jahren ein bedeutendes Kapitel lokaler und regionaler Wirtschaftsgeschichte. Innovationen wie die Umstellung der Fabrikation auf Reisstärke oder die Einführung konfektionierter Verpackungen, aber auch das geschickte Marketing `im Zeichen der Katze´ hatten Hoffmann´s Stärkefabriken weltweite Markterfolge beschert, während bei vielen ehemaligen Mitarbeitern vor allem die umfassenden betrieblichen Sozialmaßnahmen das Unternehmen bis heute „in hellstem Glanz erscheinen lassen“ (S.619). Neben einer Analyse der Unternehmensführung sowie der Belegschaftsstruktur steht insbesondere die betriebliche Sozialpolitik der einst zu den größten Arbeitgebern Lippes zählenden Stärkefabrik im Mittelpunkt der Studie, die von Stefan Wiesekopsieker 2004 an der Universität Osnabrück als Dissertation vorgelegt wurde. Nach einem Resümee des aktuellen Forschungsstandes und einer Einführung in die Konzeption der Arbeit, skizziert der Autor die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, die das Umfeld der Stärkefabrik während des Untersuchungszeitraumes (1850-1914) prägten – dem folgt eine komprimierte Beschreibung der Unternehmensgeschichte von den Anfängen bis zur Aufgabe des Bad Salzufler Standortes. Vor dem Hintergrund dieser Informationen entfaltet Stefan Wiesekopsieker seine Untersuchungen, in denen es zunächst um die Familie Hoffmann selbst geht. Den Schwerpunkt bilden dabei Porträts der maßgeblich am Aufbau der Firma und an der Unternehmensführung beteiligten Personen einschließlich nicht zur Familie gehörender Mitglieder des Aufsichtsrates. Besonders ausführlich behandelt werden Eduard Hoffmann, der die Stärkefabrik zu einem Industrieunternehmen entwickelte, sowie dessen Sohn und Nachfolger Leberecht, der neben der Firmenleitung unter anderem in der Kommunal- und Landespolitik aktiv war. Von biographischen Aspekten abgesehen, gilt das Interesse des Autors insbesondere den Motiven der jeweiligen Unternehmensleitung für ihr Engagement „auf dem Feld der betrieblichen Sozialpolitik“ (S. 143). Die Struktur der zeitweise mehr als 1.000 Personen umfassenden Belegschaft, die größtenteils aus ArbeiterInnen und im geringen Umfang aus Betriebs- und Büroangestellten bestand, deren Herkunft und Entlohnung, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen insgesamt und nicht zuletzt ihre politischen Einstellungen stehen im Fokus des nächsten Abschnittes. Ergänzt um einen Exkurs zur allgemeinen Entwicklung sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Aktivitäten in Salzuflen, untersucht der Autor entsprechende Politisierungsversuche der Hoffmann´schen Belegschaft, die – so die zeitgenössische politische und wenig später auch die wissenschaftliche Diskussion - vor allem wegen der umfassenden betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen weitgehend erfolglos blieben. Zur betrieblichen Sozialpolitik, dem dritten Themenschwerpunkt, gehörten u.a. der Werkwohnungsbau, ein Werkskrankenhaus und eine Konsumanstalt, aber auch Versorgungsinstitutionen wie Kranken-, Pensions- und Unterstützungskasse. Hinzu kamen zahlreiche – durchaus die Hierarchien innerhalb der Belegschaft widerspiegelnde - Angebote zur Freizeitgestaltung und Weiterbildung wie Männergesangverein, Kegelclubs, Werksbibliothek oder Haushaltungsunterricht für Arbeiterin-

---

<sup>10</sup> Koenig, S. 68.

nen. Gleichwohl ein Teil des Aktenbestandes vernichtet ist oder nicht auffindbar war, zeichnet Stefan Wiesekopsieker ein überaus detailreiches Bild der Hoffmann'schen Sozialpolitik, die seitens der Unternehmensleitung in erster Linie darauf zielte, eine starke Bindung der Mitarbeiter an den Betrieb zu schaffen sowie sozialdemokratische und gewerkschaftliche Einflüsse von vornherein zurück zu drängen – etwa um die Jahrhundertwende begannen darüber hinaus PR-Gesichtspunkte eine Rolle zu spielen. Kritische Stimmen, die anstelle der Wohlfahrtseinrichtungen höhere Löhne einforderten, äußerten sich vor allem in der 'außerlippischen' Presse, wohingegen sozialdemokratische Belegschaftsmitglieder eher auf Kooperation setzten und beispielsweise bei der Verwaltung der Pensionskasse mitwirkten. Fazit: Akribische Quellenrecherche und differenzierte Analyse verdichten sich in der Arbeit zu einer gelungenen Synthese, die als Basis weiterer Untersuchungen – etwa zum Themenspektrum 'Frauen und Arbeitswelt' oder zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der politischen Willensbildung – dienen könnte. Von der Opulenz des rund 650 Seiten umfassenden Werkes, dessen Relevanz weit über den lokalen Bezug hinaus reicht, sollte man sich nicht abschrecken lassen – in Gegenteil: Vom wirtschafts- und sozialhistorischen Schwerpunkt der Studie abgesehen, finden sich zahlreiche Ausführungen zur Lokal- und Regionalschichte, die als in sich geschlossene Beiträge rezipierbar sind. Verständlich geschrieben, mit Fotos reich illustriert und äußerst ansprechend gestaltet, ist die Arbeit daher nicht nur für Fachleute interessant.

Annette Fischer

## Impressum

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.

Herausgeber und Redaktion:

Jürgen Hartmann (Rheine) und Andreas Ruppert (Paderborn).

V.i.S.d.P.: Jürgen Hartmann, Barbarastraße 36 c, D-48429 Rheine.

URL: [www.rosenland-lippe.de](http://www.rosenland-lippe.de)

Webmaster: Hartmut Dirks (Emden),

[hartmut-dirks@email.de](mailto:hartmut-dirks@email.de)

Anfragen, Beiträge etc. an:

[redaktion@rosenland-lippe.de](mailto:redaktion@rosenland-lippe.de)

Erscheinungsweise: 3 bis 4 Ausgaben / Jahr.

Die nächste Ausgabe erscheint im August 2006.

Redaktionsschluss: 15. August 2006.